Offener Brief an die Gruppe Rote Fahne (KPD) Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 32 vom 7. August 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

15 Jahre Schandmauer in Berlin

Weg mit der Mauer!

15 Jahre ist es jetzt her. Die Kinder in Berlin kennen es gar nicht mehr anders. Durch ihre Stadt geht eine Mauer. Durch ihre Stadt zieht sich ein Todesstreifen, an dem in den letzten 15 Jahren an die hundert Menschen den Tod fanden: Der kleine Türkenjunge Cetin Mert, den DDR-Posten kaltblütig ertrinken ließen; Flüchtlinge aus dem Osten der Stadt wie der 18jährige Peter Fechter, den die Vopo niederschoß und an der Mauer verbluten ließ.

In diesen 15 Jahren haben sich weder die Berliner noch die anderen Deutschen im Osten wie im Westen mit der Mauer in Berlin abgefunden. Als DDR-Posten im Frühjahr dieses Jahres darangingen, ihr schändliches Bauwerk noch weiter zu perfektionieren, waren trotz Regen und Schnee viele Jugendliche zur Stelle. Mit Rufen wie „Faschisten" und „DDR-KZ" brachten sie ihren Haß auf das sozialfaschistische Regime und die Mörder an der Mauer zum Ausdruck.

„Antifaschistischer Schutzwall"?

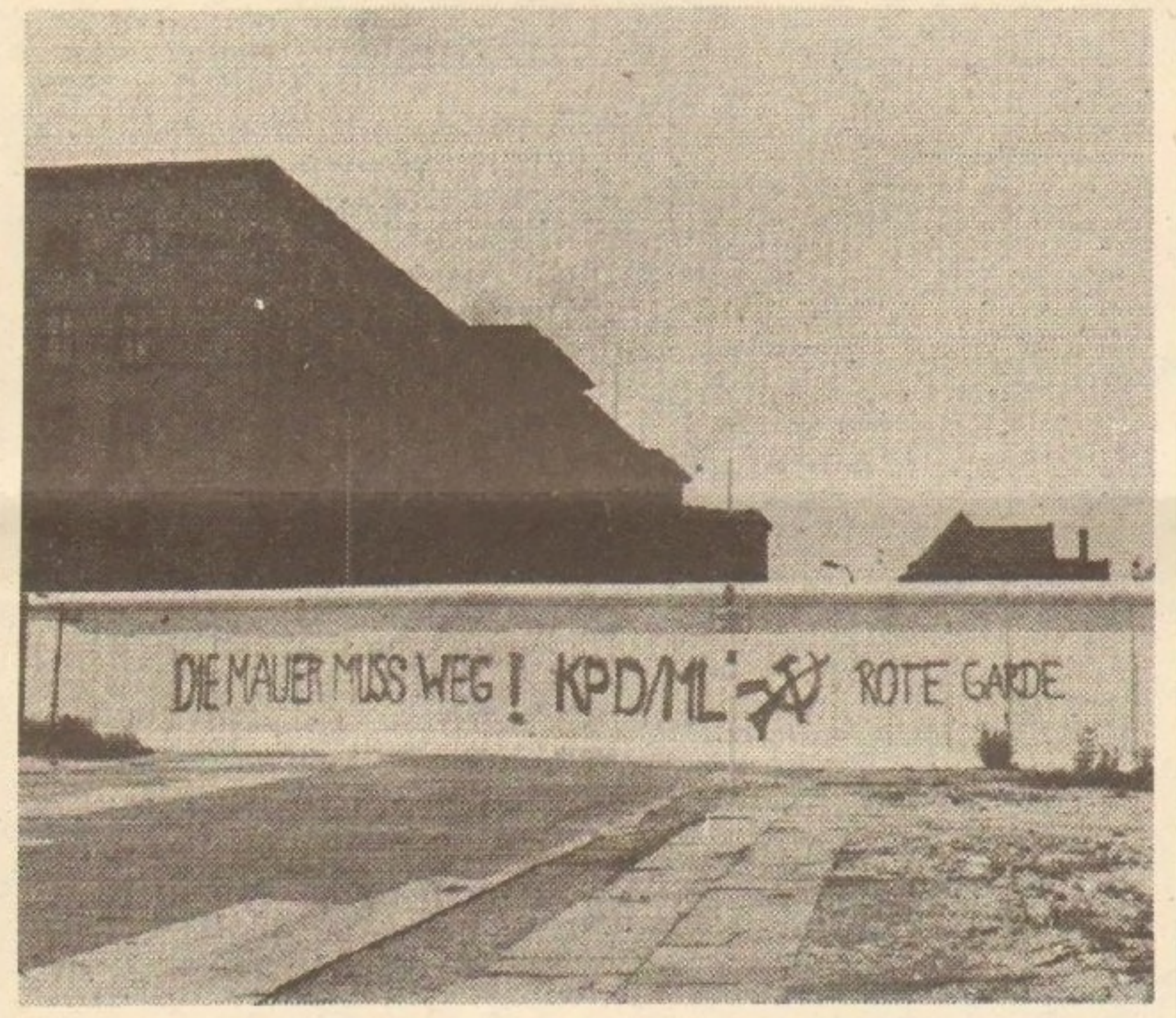
Wer die Mauer in Berlin als Schandmauer bezeichnet, wer die Todesschützen der Vopo Mörder nennt, der wird nicht nur von der Honecker-Clique, sondern auch von der sogenannten „Deutschen Kommunistischen Partei" (die weder „deutsch" noch „kommunistisch" ist) als Reaktionär und Revanchist verleumdet und — sofern er im Osten Deutschlands lebt — als Staatsfeind eingesperrt. Denn, im offiziellen Sprachgebrauch der russischen und deutschen Sozialfaschisten heißt diese Mauer „antifaschistischer Schutzwall".

Um dieses Märchen glaubhafter zu machen, verwiesen Chruschtschow und Konsorten damals auf ein amerikanisches Geheimpapier, in dem angeblich von einer geplanten Intervention in die DDR die Rede war. Also war die Mauer gegen den Imperialismus gerichtet? Nein. Mal ganz abgesehen davon, daß niemand ernsthaft glauben kann, eine solche Mauer wäre imstande, eine tatsächliche imperialistische Intervention auch nur fünf Minuten aufzuhalten — seit wann baut ein sozialistischer Staat eine Mauer, um sich vor imperialistischen Interventionen, vor Spionen oder Wühlarbeit zu schützen?

Hat sich etwa die damals noch sozialistische Sowjetunion mit einer Mauer gegen die Hitlerfaschisten geschützt? Oder sehen wir nach Albanien. Das kleine Albanien (2,2 Mill. Einwohner) ist rings umgeben von Feinden: Die russischen Sozialimperialisten betrachten die von ihnen beherrschten Balkanstaaten als Aufmarschgebiet gegen das albanische Volk; die jugoslawischen Revisionisten sähen ebenfalls nichts lieber als eine Einverleibung Albaniens in ihren Staat. Die griechischen Faschisten haben erst vor kurzem ihren Kriegszustand mit Albanien beendet. Auf dem Mittelmeer kreuzen die Flotten der amerikanischen Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten.

Albanien weiß sehr wohl um diese Gefahr. Aber es denkt nicht daran, deshalb entlang seiner Grenzen eine Mauer zu ziehen. Der „Schutzwall" der Albaner, an dem sich alle Imperialisten, die es wagen sollten, Albanien zu überfallen, die Zähne ausbeißen werden, ist das bewaffnete und im Geist des Marxismus-Leninismus erzogene Volk selbst. In Albanien hat das Volk Vertrauen zu seiner kommunistischen Partei und seiner Regierung, die Regierung und die Partei zum Volk. Denn dort wird im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern des Warschauer-Paktes tatsächlich (und nicht nur in Worten) der Sozialismus aufgebaut. Der sicherste Beweis dafür ist der, daß in Albanien jeder — ob Arbeiter, Bauer, Schüler, Soldat — be-

Fortsetzung auf S. 3, Sp. 1



Parole der KPD/ML an der Schandmauer in Westberlin

10 Jahre Grosse Proletarische Kulturrevolution

Vor zehn Jahren begann in der Volksrepublik China mit dem Rundschreiben des Zentralkomitees der KP Chinas vom 16. Mai 1966, das unter der persönlichen Leitung von Genossen Mao Tsetung verfaßt wurde, die Große Proletarische Kulturrevolution. Die Große Proletarische Kulturrevolution ist ein Ereignis von historischer Bedeutung. Sie zerschlug die Hoffnungen und Träume der Imperialisten und der Revisionisten auf eine Zerstörung der Diktatur des Proletariats in China, auf die Wiedererrichtung der Herrschaft der Kapitalisten und imperialistischen Ausbeuter über das chinesische Volk. Sie bewies theoretisch und praktisch, daß der Machtantritt des Revisionismus und damit der Bourgeoisie verhindert werden kann. (Fortsetzung auf Seite 8)

Solidaritätsadresse an das ZK der KP Chinas

An
Genossen Mao Tsetung
Vorsitzender des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas

An den
Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses

An den
Staatsrat der Volksrepublik China

Mit Bestürzung und tiefem Mitgefühl haben wir von den schweren Erdbeben in den Regionen von Hopei erfahren. Zum Tod der Opfer dieser Naturkatastrophe sprechen wir der Kommunistischen Partei Chinas, der chinesischen Staatsführung und dem ganzen chinesischen Volk unser Beileid aus.

(...)

Das heroische Werk des Wiederaufbaus, mit dem die chinesischen Volksmassen der betroffenen Gebiete jetzt begonnen haben, verfolgen wir mit tiefer internationalistischer Anteilnahme und wünschen ihm aus ganzem Herzen Erfolg.

Zentralkomitee der KPD/ML
Ernst Aust, Vorsitzender

Verladen in Bremerhaven

US-Waffen für den Libanon

Ende Juli wurde in Bremerhaven Kriegsmaterial aus den amerikanischen Heeresbeständen in der Bundesrepublik im Wert von rund 120 Millionen DM auf amerikanische Transporter verladen und in den Libanon verschifft. Natürlich wollte Washington damit nichts zu tun haben. Kissinger erklärte in einer Rede, die er am 22. Juli in Seattle hielt, die amerikanische Regierung habe keine Vollmacht für diese Waffenlieferungen erteilt.

Der Wert solcher Dementis allerdings ist gleich Null. Wie war es denn 1973, als von amerikanischen Stützpunkten in der Bundesrepublik und anderen westeuropäischen Ländern Flugzeuge, Panzer, Raketen und Munition nach Israel geschickt wurden, um die israelische Armee für ihren Krieg gegen die arabischen Völker besser auszurüsten? Auch damals wiesen die US-Imperialisten zunächst jede Verantwortung von sich. Später allerdings stellte sich heraus, daß die US-Imperialisten erstens diese Waffentransporte sehr wohl befohlen hatten, daß sie zweitens die Regierungen der jeweiligen Länder weder gefragt noch regulär informiert hatten. Genau dasselbe ist es diesmal mit den Waffenlieferungen in den Libanon.

Mit diesen Waffenlieferungen in den Libanon schüren die US-Imperialisten — genauso wie die russischen Sozialimperialisten — den Krieg. Die beiden Supermächte sta-

Fortsetzung auf Seite 2, Sp. 1

AUS DEM INHALT

Kubanische Besatzer in Angola

Keine "Beschützer", sondern Unterdrücker

Die russischen Sozialimperialisten haben durch den Mund ihres Vasallen Fidel Castro öffentlich verkünden lassen, daß sie überhaupt nicht daran denken, ihre Besatzertruppen aus Angola abzuziehen. Sie gestanden damit offen ein, daß das Gerede über einen Truppenabzug, um den sie eine Zeit lang viel Lärm gemacht hatten, nichts als eine Farce war, um die Wachsamkeit der Völker einzuschläfern und die wachsende Empörung in der Welt einzudämmen.

Bekanntlich hatte Fidel Castro am 24. Mai in einem Brief an den schwedischen Ministerpräsidenten Palme den Abzug seiner Söldner aus Angola angekündigt. Und am 29. Mai verkündete der Kommentator der „Prawda", Juri Schukow, in einer Fernsehsendung sogar, die Söldner der Sowjetunion hätten schon „mit ihrem Abzug aus Angola begonnen". Die Wirklichkeit sah aber anders aus. Die kubanischen Söldner zogen keineswegs ab, sondern richteten sich auf eine langandauernde Besatzungszeit in Angola ein. Einige der Offiziere ließen sogar ihre Familien aus Kuba nach Angola kommen. Und während sie scheinheilig vom Beginn des Abzugs sprachen, schickten die russischen Sozialimperialisten einen Schub militärisch ausgebildeter „Experten", „Berater" und „Zivilisten" nach dem anderen nach Angola. Nach wie vor befinden sich weit über zehntausend kubanische Söldner im Land. All dies sind so offenkundige Tatsachen, daß die russischen Sozialimperialisten und ihr Vasall Fidel Castro die Lüge vom angeblichen Truppenabzug öffentlich eingestehen mußten.

Jetzt werden neue fadenscheinige Argumente aufgetischt, um die Anwesenheit der kubanischen Besatzertruppen in Angola zu rechtfertigen. So erklärte Fidel Castro in Anwesenheit von Angolas Präsident Neto in Kuba, die kubanischen Soldaten müßten so lange in Angola bleiben, „bis die bewaffneten Streitkräfte der Volksrepublik organisiert, ausgerüstet und ausgebildet sind". Angola, so behauptete er, sei nicht in der Lage, sich gegen eine drohende Aggression z.B. der südafrikanischen Rassisten zu verteidigen. Das ist eine Zwecklüge und zugleich eine grobe Beleidigung des angolanischen Volkes.

Der Befreiungskampf des angolanischen Volkes hat eine lange, ruhmreiche Tradition. Das angolanische Volk erhob sich und kämpfte mit dem Gewehr in der Hand gegen seine Unterdrücker, die portugiesischen Kolonialisten, hinter denen der Imperialismus, mit dem amerikanischen an der Spitze, stand. Es errang den Sieg über die kolonialistischen Unterdrücker und verjagte sie aus dem Land. Wie sollte es da nicht in der Lage sein, seine errungene Freiheit im Vertrauen auf die



Wie Kolonialherren, lassen sich kubanische Soldaten von angolanischen Kindern die Schuhe putzen.

eigenen Kräfte mit dem Gewehr in der Hand selbst zu verteidigen?

Tatsache ist, daß die kubanischen Söldner keineswegs die Garanten der Freiheit und Unabhängigkeit des angolanischen Volkes sind, sondern Aggressoren, eine Besatzungstruppe des russischen Sozialimperialismus, die die Freiheit und Unabhängigkeit des angolanischen Volkes unter ihrem Stiefel zertritt und das Volk unterjocht.

Die kubanischen Söldner haben, seitdem sie nach Angola gekommen sind, unter der Bevölkerung des Landes barbarische Massaker veranstaltet. Mehr als einmal bombardierten und beschossen sie Dörfer in den ländlichen Gebieten und ermordeten dabei Hunderte von Menschen. Die kubanischen Söldner machten etwa eine Million Angolaner zu Flüchtlingen und vertrieben sie aus ihrer Heimat. Unter ihrem Befehl werden die patriotischen und revolutionären Kräfte des angolanischen Volkes, wie z.B. der ehemalige Ehrenpräsident der MPLA, Andrade, ins Gefängnis geworfen und gefoltert. Das angolanische Volk hat diese seine angeblichen „Befreier" und „Beschützer" wahrhaftig kennengelernt.

Aber wo Unterdrückung ist, da gibt es auch Widerstand. Unter den angolanischen Volksmassen wachsen die Unzufriedenheit und die Empörung über die Aggression der unter dem Befehl Moskaus stehenden kubanischen Söldner. Auf Massenkundgebungen, die in verschiedenen Städten Südangolas durchgeführt wurden, konnte man Parolen wie: „Sowjetische Herrschaft – Nein!" und „Schluß mit der kubanisch-russischen Intervention in Angola – Angola den Angolanern!" hören.

Das heroische angolanische Volk war fähig, die alten Kolonialisten zu schlagen. Es wird auch in der Lage sein, seine neuen Unterdrücker aus dem Land zu jagen und die wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit zu erringen.

In Bremerhaven: US-Waffen für den Libanon

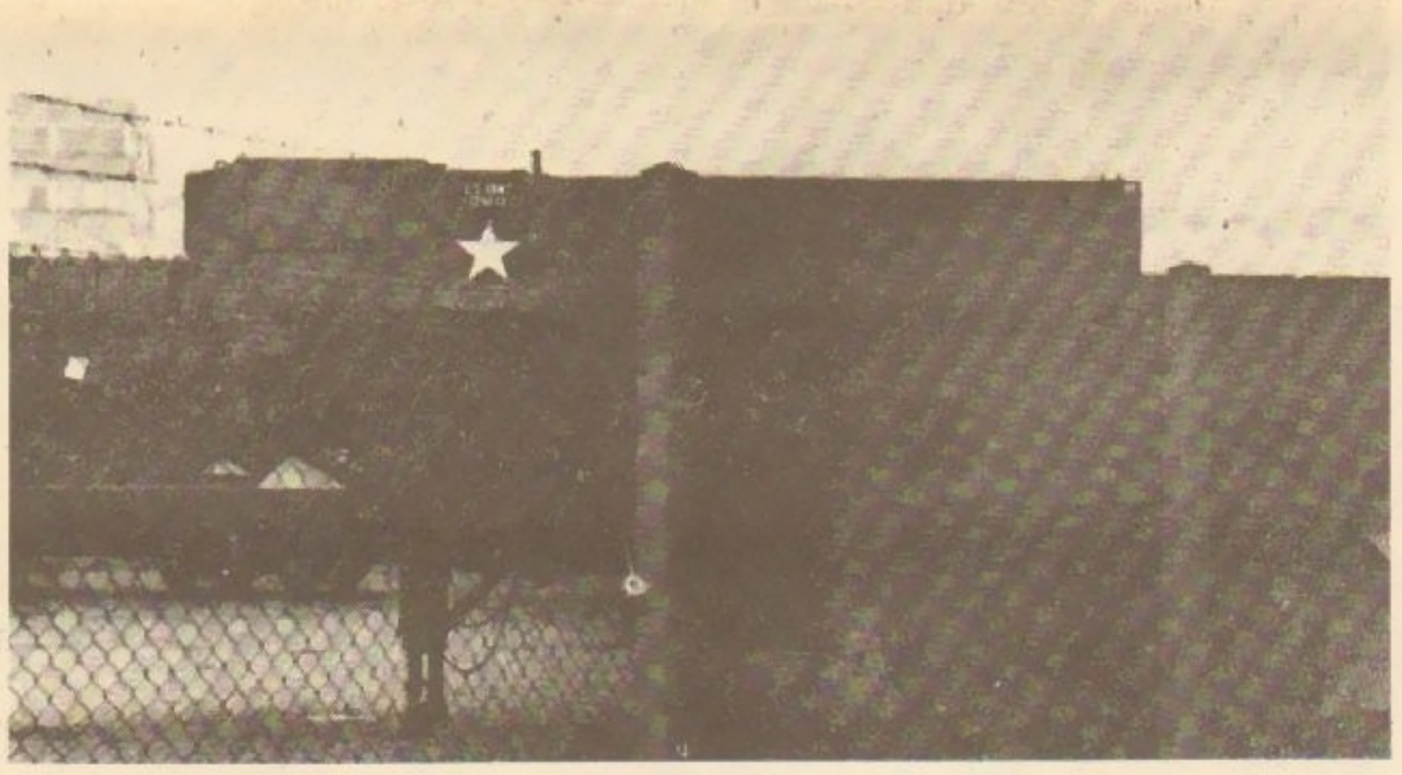
Fortsetzung von Seite 1

cheln ununterbrochen die kriegführenden Gruppen an und beliefern sie mit Waffen mit dem Ziel, durch das Feuer des Bruderkrieges die palästinensische Widerstandsbewegung zu liquidieren. Diese fortwährenden Waffenlieferungen, dieses Schüren des Krieges im Libanon wird von beiden Supermächten systematisch betrieben, sowohl direkt als auch über die Mitgliedsländer des aggressiven Nato-Paktes und des Warschauer Paktes und außerdem über ihre Handlanger in Nahen Osten.

Diese erneuten Waffenlieferungen der US-Imperialisten von deutschem Boden aus zeigen noch einmal in aller Deutlichkeit, warum die amerikanischen Truppen in Westdeutschland stehen. Nicht wie das Pentagon verkündet, um die „Freiheit zu schützen", sondern um die Interessen der amerikanischen Imperialisten durchzusetzen, um Krieg zu führen. Westdeutschland ist für sie nichts anderes als ein Brückenkopf für ihre Aggression, ein Aufmarschgebiet für ihre militärischen Verbrechen gegen die Völker der Welt.

Die westdeutschen Werktätigen haben sich mit dieser verbrecherischen Politik der US-Imperialisten niemals zufriedengegeben. So waren es etwa bei dem amerikanischen Völkermord gegen Vietnam, der auch mit GI's, die in Westdeutschland stationiert waren, geführt wurde, Tausende und Abertausende, die auf den Straßen demonstrierten und den Abzug der amerikanischen Truppen aus Westdeutschland forderten.

Ganz anders dagegen die westdeutschen Imperialisten. Erst kürzlich erklärte Bundeskanzler Schmidt: „Bis zu einem gewissen Grad sind wir alle Amerikaner." Und tatsächlich sind die westdeutschen Imperialisten enge Komplizen der amerikanischen Aggressionspolitik: nicht nur daß sie bisher den Pentagon-Strategen jährlich Milliarden an Devisenausgleichszahlungen für ihre Truppen in den Rachen geworfen haben und jetzt die neue Kampfbrigade der Amis in Garlstedt mitfinanzieren; nicht nur, daß sie sich immer aufs Neue für eine weitere Verstärkung der Nato einsetzen; nicht nur, daß sie alle Verbrechen, die die US-Imperialisten begehen billigen – sie gehen auch mit Gesetzen und mit brutaler Gewalt gegen die Werktätigen vor, die gegen die amerikanische Kriegspolitik, gegen die Natostützpunkte in Westdeutschland und die immer größer angelegten Manöver protestieren. Hier zeigt sich, daß die westdeutschen Imperialisten keinen Deut besser sind als die amerikanischen Imperialisten. Beide sind Räuber. Die westdeutschen Imperialisten sind allerdings zu klein, um in der heutigen Situation, der zwei Supermächte – die US-Imperialisten und die russischen Sozialimperialisten miteinander um die Vorherrschaft auf der Welt ringen auf eigene Faust in diesen Kampf einzugreifen. Deshalb versuchen sie als Komplizen des US-Imperialismus ihre imperialistischen Interessen durchzusetzen. Als Feinde der Völker der Welt – und auch des deutschen Volkes. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen: wenn die US-Imperialisten ihre Truppen von deutschem Boden aus in aller Herren Länder in den Krieg schicken, dann werden sie auch nicht zögern, diese Truppen gegen die Völker Europas und auch gegen das deutsche Volk einzusetzen, wenn ihre Machtinteressen das erfordern.



US-Waffen vor der Verladung in Bremerhaven.

Kurz berichtet

DUISBURG

Mitte Juli erschien die erste Nummer von „Skalpell", der Betriebszeitung der Partei für die Krankenhäuser in Duisburg/Nord. Sie enthält Artikel über die mangelnde Hygiene in den Krankenhäusern, über den Streik bei Uni-Putz und die schlechte Ausbildung und Disziplinierung der Schüler und Schülerinnen in den Krankenhäusern. Die Genossen berichten, daß die erste Ausgabe der Zeitung auf große Zustimmung unter den Krankenhausbelegschaften stieß, bei den Krankenhausleitungen dagegen helle Aufregung hervorrief. So versuchte z.B. der ranghöchste Pfarrer im Johanneshospital persönlich, das „kommunistische Hetzblatt" bei den Kollegen wieder einzusammeln. In manchen Stationen ließen sich die Kollegen jedoch nicht einschüchtern, sondern lasen sogar laut aus dem „Skalpell" vor. Zwar stimmen viele der revolutionären Alternative, die die Zeitung weist, noch nicht zu, die politischen Enthüllungen über die Krankenversorgung im Kapitalismus aber wurden einhellig begrüßt.

BREMEN

Die Genossen in Bremen-Walle haben die erste Nummer ihrer Stadtteilzeitung „Roter Westen" herausgebracht. Im Leitartikel entlarven sie die unverschämten korrupten Praktiken der „Bremischen", „Neuen Heimat" und anderer Baugesellschaften, die die Sozialmieten für 40 000 Wohnungen in Bremen um bis zu 40% erhöht haben.

BIELEFELD

Vor kurzem fand in Bielefeld ein Solidaritäts-Gartenfest der Roten Hilfe Deutschlands für Genossen Michael Banos statt. Ungefähr 40 Freunde und Genossen waren gekommen. Durch eine Versteigerung, Spenden und Getränkeverkauf konnten über 100 DM für die RHD gesammelt werden.

FREISEN (SAAR)

Vom 16. bis 18. Juli führten Genossen der RHD Saar und der KPD/ML-Sympathisantengruppe Saarbrücken eine Wochenendfreizeit auf dem ehemaligen Nato-Gelände am Füsselberg bei Freisen durch. Bei einem AP-Einsatz in der nahegelegenen Kleinstadt St. Wendel konnten 8 „Rote Morgen" und 2 RHD-Zeitungen verkauft werden.

REUTLINGEN

Ende Juni veranstaltete die Fachschaft Kunst der PH eine Plakatausstellung von selbstgemalten Plakaten, die anschließend verkauft wurden. Diese Ausstellung war gedacht als „Gegenausstellung" zu einer Veranstaltung des neuen PH-Direktors, der sich damit als „weltoffenen Pädagogen, der die Diskussion sucht" herausstellen wollte. Die Studenten beschlossen, den Erlös des Plakatverkaufs zur Unterstützung des Kampfes gegen politische Unterdrückung zu spenden. Nach eingehender Diskussion wurde entschieden, daß Reutlinger Ehepaar Groos, das wegen Tätigkeit für die KPD/ML mit Berufsverbot belegt wurde, das Geld erhalten sollte. Trotz der beginnenden Semesterferien kamen 90 DM zu diesem Zweck zusammen.

Offen gesagt ...

Barbarisch !

Ein junges Mädchen ist gestorben. Sie war krank, jeder Arzt hätte ihr helfen können. Aber kein Arzt durfte ihr helfen, sie mußte buchstäblich verhungern und verdursten. Denn die Kirche erklärte, sie sei vom Teufel besessen. Statt Medikamente, die ihr Leiden gelindert hätten, bekam sie reaktionäre Gebete aus dem Mittelalter vorgesetzt. 42 Tonbänder mit den Schreien der Kranken hat der Staatsanwalt nach ihrem Tod beschlagnahmt.

Manchen mag dieser Fall deshalb besonders entsetzt haben, weil er dachte: Der Exorzismus ist längst überholt, er gehört nicht mehr zur Praxis der Kirche.

Dieser Fall beweist das Gegenteil. Er zeigt die ganze Brutalität und Unmenschlichkeit der Kirche hinter dem scheinbar fortschrittlichen Gerede mancher Kirchenvertreter. Nicht nur der katholischen, sondern aller Kirchen, die die Köpfe der Menschen vernebeln, sie erniedrigen, seelisch und körperlich foltern und sogar in den Tod schicken, zur Aufrechterhaltung der reaktionärsten Regime der Welt. Der Exorzismus ist nicht tot. Er tötet nicht jeden Tag, wie das junge Mädchen in Bayern, aber er wird noch täglich praktiziert, mit Genehmigung der Kirche. Auch der Teufelsaustreiber, der die Studentin in Klingenberg umbrachte, hatte den Segen seines Bischofs. Ähnliche Fälle sind aus anderen Orten in Bayern bekannt. In England, Italien und anderen Ländern, wo sie noch großen Einfluß hat, profitiert die Kirche von einem regelrechten Hexenwahn und unterstützt ihn noch.

Die Kirche gibt sich heute gern „modern und fortschrittlich". Sie betreibt „wissenschaftliche Forschung", faselt in unterdrückten Ländern von Urchristentum und Gleichheit aller Menschen vor Gott. Das ist Geschwätz, überall dort angewandt, wo sie fürchten muß, ihren Einfluß auf die Volksmassen, die nicht mehr dulden, sondern kämpfen wollen, zu verlieren. Die Kirche hat ihren reaktionären Charakter nie geändert. Sie predigt Nächstenliebe, aber sie gehört zu den schlimmsten Menschenfeinden der Welt. Das Beispiel der toten Studentin ist nur eines unter Tausenden. Da gibt es das Beispiel der Zeugen Jehovas, die von ihrem Glauben gezwungen werden, lieber zu sterben, als Lebensrettende Operationen durchführen zu lassen. Da gibt es das Beispiel der Mönche, die ihre Kirche zwingt, in jahrzehntelanger, totaler Isolation zu leben, bis viele sich in ihrer Verzweiflung selbst töten. Da gibt es das Beispiel der Millionen, die in Kriege gehetzt wurden mit dem Segen der Kirche und „geheiligten" Waffen. Da gibt es das Beispiel der Abermillionen, die abgeschlachtet wurden, weil die Kirche ihnen verbot, sich zu wehren.

Die Mörder des jungen Mädchens werden aller Wahrscheinlichkeit nicht vor Gericht gestellt werden. Die Staatsanwaltschaften munkeln von „Gewissensnotstand" und „keinem schuldhaften Versagen". Das ist auch kein Wunder. Denn die Verbrechen der Kirche geschahen seit Jahrhunderten im Dienste der herrschenden Klassen. Die Bourgeoisie fördert mit Geistergeschichten, mit Teufelsfilmen à la „Der Exorzist" und anderen „übernatürlichen" Märchen die reaktionäre Ideologie der Kirche.

Kirche und Kapitalismus gehören zusammen. Sie werden gemeinsam vernichtet werden von den revolutionären Völkern der Welt!



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Weg mit der Mauer!

Fortsetzung von Seite 1

waffnet ist. Und zwar nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit schweren Waffen. Bei einem Angriff auf Albanien stünde das gesamte Volk in höchstens zwei Stunden kampfbereit da – die Waffen gegen den Feind gerichtet.

Die DDR ist kein sozialistischer Staat

Und genau da liegt der Unterschied nicht nur zu den westlichen kapitalistischen Ländern, sondern auch zur DDR. Ulbricht dachte nicht daran, den Arbeitern und Bauern Waffen in die Hand zu geben, denn er wußte genau, die Gewehre in den Händen der Arbeiter und Bauern hätten sich nicht nach Westen gerichtet, sondern gegen ihn selbst, gegen die neue Bourgeoisie in der DDR, die – gestützt auf die russischen Bajonette – das Volk ausbeutete und unterdrückte.

Denn 1961 war die DDR kein sozialistisches Land mehr. Der Bau der Mauer war nicht etwa ein Beweis für die antifaschistische und antiimperialistische Haltung der SED-Bonzen und ihrer Moskauer Oberherren. Sie war vielmehr ein Beweis dafür, daß die DDR, der ehemals erste sozialistische Staat auf deutschem Boden, zu einem kapitalistischen Unterdrückerstaat entartet war. Die Mauer war Verrat am Sozialismus, Verrat an der Nation!

Die Arbeiter und Bauern liefen dem „Arbeiter- und Bauernstaat" davon!

Natürlich stimmte es, wenn Chruschtschow und Ulbricht vom „Spionagezentrum Westberlin" sprachen. Westberlin war ein Spionage- und Diversionszentrum ersten Ranges. Aber war es das erst seit 1961? Keineswegs. Das war es, seit die Westmächte – allen voran die US-Imperialisten – unter Bruch der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens Deutschland und seine Hauptstadt Berlin spalteten. Damals, nach Gründung der kapitalistischen Bun-

Bernauer Straße in Berlin

desrepublik, auf dem Höhepunkt des „kalten Krieges", war Westberlin tatsächlich eine Frontstadt des Imperialismus. Agenten der westlichen Geheimdienste drangen in die DDR ein, warben Saboteure an. Produktionsanlagen wurden gesprengt, um den sozialistischen Aufbau zu stören, kommunistische Funktionäre ermordet. Zu Tausenden strömten am 17. Juni 1953 Westagenten über Westberlin in die DDR, um die vorhandene Unruhe im Volk zu einem konterrevolutionären Aufstand zu benutzen.

Warum war damals nicht die Rede davon, daß man einen „antifaschistischen Schutzwall" braucht? Weil damals die Sowjetunion und die DDR sozialistische Staaten waren; weil damals die Bevölkerung in der DDR ihre sozialistische Heimat liebte; weil damals die DDR die Hoffnungen aller friedliebenden und patriotischen Deutschen verkörperte und unermüdlich für die Einheit Deutschlands kämpfte.

Damals, Anfang der 50er Jahre, war die Anziehungskraft der sozialistischen DDR so groß, daß 30 000 Jugendliche trotz Verbot und Verfolgung zu den Weltjugendfestspielen nach Ostberlin zogen.

1961 war das anders. 1961 liefen die Arbeiter und Bauern dem „Arbeiter- und Bauernstaat" scharenweise davon. Warum? Weil sie genug hatten vom Sozialismus, wie die westliche Propaganda verkündete? Nein, bei den Tausenden und Zehntausenden, die Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre der DDR den Rücken kehrten, handelte es sich nicht um Feinde des Sozialismus. Die Fabrik- und Konzernherren, die alten Nazikoryphäen, waren viel früher gegangen – als sie nämlich sahen, daß in der DDR die Arbeiterklasse ihre politische Macht, den Sozialismus, errichtete.



Demonstration in Westberlin

Jetzt jedoch waren es neben Kleinbürgern die Arbeiter und Bauern der DDR, die zu Tausenden und Zehntausenden ihre Heimat verließen. Viele von ihnen spürten, wenn auch nicht immer bewußt, die kapitalistische Entartung der DDR. Und von Ulbricht und Konsorten mit der Theorie bearbeitet, daß es vor allem auf die vollen Fleischtöpfe ankomme, fielen sie auf die Lockrufe vom „goldenen Westen" herein. Diese Werktätigen flohen also nicht, weil sie gegen den Sozialismus waren, sondern weil sie gegen das waren, was Chruschtschow und Ulbricht Sozialismus nannten: die Herrschaft einer neuen Klasse von Managern, Technokraten, Intellektuellen, Parteifunktionären und Generälen über das Volk.

Gegen die Bevölkerung Ostberlins und Ostdeutschlands

Diese Massenfluchtbewegung beunruhigte natürlich die Herren Chruschtschow, Ulbricht und Co. Nicht nur wegen der Arbeitskräfte, die ihnen dadurch verloren gingen und der Gefahr, die das für die Wirtschaft der DDR bedeutete. Sie sahen, daß diese Fluchtbewegung ein – wenn auch passiver – Protest gegen die Herrschaft der neuen Bourgeoisie war und fürchteten Schlimmeres. So machte dann die Regierung der DDR am 13. August die Grenze dicht und gab Befehl, auf jeden Flüchtling zu schießen.

Diese Maßnahme überraschte die US-Imperialisten keineswegs. Chruschtschow hatte bereits Anfang August den Beauftragten Kennedys, McCloy, in Sotschi am Schwarzen Meer wissen lassen, was in Berlin geplant war. Und deshalb regte der Bau der Mauer auch niemanden dieser Herren sonderlich auf.

Wohl aber das Volk. Im Osten und im Westen Deutschlands, vor allem aber natürlich in Berlin, kam es zu empörten Diskussionen. Spontane Demonstrationen fanden statt. In Ostberlin hielt die Vopo die Bevölkerung gewaltsam von der Mauer zurück. Aber auch im Westen stand Polizei bereit. 12 000 Polizisten hatten den Auftrag einzugreifen, wenn die Bevölkerung zu Aktionen übergehen sollte. Später dann täuschten die Westmächte Protest vor, kam Kennedy, um mit seinem Spruch „Auch ich bin ein Berliner" die empörte Bevölkerung zu beruhigen. Von diesen Herren selbst dagegen war niemand wirklich beunruhigt. Der amerikanische Außenminister Dean Rusk sagte auch offen, warum nicht: „Die bisher getroffenen Maßnahmen (sind) gegen die Einwohner Ostberlins und Ostdeutschlands gerichtet und nicht gegen die Position der Alliierten in Westberlin und den Zugang dorthin."

Und so war es ja auch. Die Mauer war nicht gegen den Faschismus gerichtet. Vielmehr wurde jenseits der Mauer eine faschistische Diktatur über das Volk errichtet. Man darf sich dabei nicht von den Namen, mit denen Breschnew und Honecker ihr Unterdrückersystem belegen, täuschen lassen. Auch die Hitlerfaschisten nannten ihre blutige Diktatur über das Volk Sozialismus – Nationalsozialismus. Mit der Sowjetunion und der DDR ist es nicht anders. Es sind kapitalistische Staaten, in denen die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt wird.

Der Bau der Mauer war aber nicht nur der Beweis für den Verrat der Chruschtschow- und Ulbricht-Clique am Sozialismus. Sie bewies auch ihren Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Hatten die sozialistische Sowjetunion und die sozialistische DDR unermüdlich für die Einheit Deutschlands gekämpft, so zeigte sich, sobald im Osten Deutschlands der Kapitalismus restauriert wurde, daß die neue Bourgeoisie auch die Nation verriet – wie die Imperialisten im Westen. Hatte Adenauer Westdeutschland bis ins Jahr 2005 an die amerikanischen Imperialisten verschachert, so ging Honecker sogar noch weiter und versprach den russischen Sozialimperialisten die Werktätigen Ostdeutschlands gleich „auf ewig". Der Eifer der neuen Herren in der DDR, die deutsche Nation totgesagt haben, sich als treue Knechte Moskaus zu erweisen, geht so weit, daß sie seit einiger Zeit sogar auf der Wetterkarte im ostdeutschen Fernsehen eine dicke schwarze Linie mitten durch Deutschland ziehen, während die Staatsgrenzen der DDR nach Osten hin nur gestrichelt sind. Ihre Angst vor dem proletarischen Nationalgefühl ist so groß, daß sie den Text der DDR-Hymne überall unterdrücken, weil es darin heißt: „Deutschland, einig Vaterland".

Aber Bonn redet doch gegen die Mauer!

Sicher, auch die westdeutschen Imperialisten reden gegen die Mauer und für die Wiedervereinigung. Aber was verstehen sie darunter? Sie verstehen darunter die Verwirklichung ihrer alten revanchistischen Ziele, sie wollen ein vereintes Deutschland unter ihrem Kommando. Dabei versuchen sie seit der Errichtung des sozialfaschistischen Regimes in der DDR die berechtigte Empörung der Werktätigen in Westdeutschland über die faschistische Unterdrückung der Bevölkerung dort für ihre imperialistischen Ziele auszunutzen.

Aber die deutsche Arbeiterklasse kann an einer solchen Wiedervereinigung, bei der nur der Stiefel wechselt, mit dem das Volk getreten wird, kein Interesse haben. Wir wollen kein Deutschland, in dem zwar keine Mauer mehr steht, die Werktätigen im Osten wie im Westen aber nach wie vor ausgebeutet und unterdrückt werden.

Welcher Weg führt dann zur Wiedervereinigung?

Wenn die russischen Sozialimperialisten und ihre Stiefellecker in Ostberlin die Einheit der deutschen Nation bekämpfen, wenn die westdeutschen Revanchisten nur von der Einheit der Nation reden, um das Volk vor ihre Karren zu spannen, welcher Weg bleibt dann, um die Mauer in Berlin zu stürzen und die Einheit Deutschlands wiederherzustellen? Es bleibt nur ein Weg: Der Kampf für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, bei dem die Arbeiterklasse mit ihrer kommunistischen Partei die Führung übernehmen muß. Deutschland wird erst dem deutschen Volk gehören, wenn die Arbeiter im Bündnis mit den anderen Werktätigen in der DDR und in der Deutschen Bundesrepublik in der sozialistischen Revolution die Diktatur des Proletariats errichtet bzw. wiedererrichtet haben, wenn die russischen Sozialimperialisten aus dem Osten und die amerikanischen Imperialisten aus dem Westen Deutschlands vertrieben worden sind.

Spendet zur Unterstützung des Aufbaus der KPD/ML SEKTION DDR auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund Kto.Nr.: 321 004 - 547
Stichwort: KPD/ML Sektion DDR

Der Kampf der Arbeiter von Radom

"Nieder mit der Partei der Verräter!"

Die Lügen der polnischen Revisionisten über die Kämpfe der polnischen Arbeiter wurden durch die Augenzeugenberichte, die in den letzten Tagen durch die strenge Zensur kamen, endgültig entlarvt. Hier haben nicht, wie die Revisionisten behaupten, „Rowdys und Antikommunisten" Verbrechen begangen, hier hat die Arbeiterklasse revolutionär gekämpft, sich mit Gewalt gegen den Verrat der Partei und den bewaffneten Staatsapparat zur Wehr gesetzt. Die neue Bourgeoisie, die „Milde" heuchelt, schlug mit faschistischer Brutalität zurück. Mindestens 17 Arbeiter sollen allein in Radom ermordet worden sein. Hier ein Bericht von Zeugen über die Kämpfe von Radom, dem Zentrum des Widerstandes, die in der bürgerlichen Presse veröffentlicht wurden.

Der Aufstand begann am 25. Juni mit einem Streik aller Betriebe gegen die geplanten Preiserhöhungen. Den brutalen Armee-Einsatz von 70 vor Augen, suchten die Arbeiter der Waffenfabrik „Walter" in ihrem Betrieb nach Waffen. Aber die Arsenale waren von der Polizei, die an diesem Tag „vorsorglich" Ausgangssperre hatte, bereits geräumt. So zogen die Arbeiter unbewaffnet, mit roten Fahnen, die „Internationale" auf den Lippen durch Radom. Belegschaften anderer Betriebe, Hausfrauen und Passanten schlossen sich an.

Vor dem Haus des Parteikomitees forderte die Menge den Parteisekretär zu sprechen. Der weigerte sich feige und schickte seinen Stellvertreter vor. Dieser Verräter zeigte in seinem Verhalten die ganze Verkommenheit und Massenverachtung der neuen Bourgeoisie und brachte die Arbeiter dadurch nur noch mehr auf. Er nannte die Demonstranten „Mob" und drohte ihnen ganz offen. Unter einem Steinhagel flüchtete der stellvertretende Parteisekretär in das Parteihaus zurück. Dann begann der Sturm auf das Parteigebäude.

Mit einem Traktor rammten die Arbeiter die Tür ein, warfen kostbare Teppiche und Akten aus dem Fenster und zündeten sie an. Das Parteihaus wurde angezündet, Parolen wie „Nieder mit der Partei der Verräter" an die Mauern geschrieben. Ein Löschfahrzeug, das den Parteipalast retten sollte, wurde aufgehalten, umgestürzt und als Barrikade verwendet.

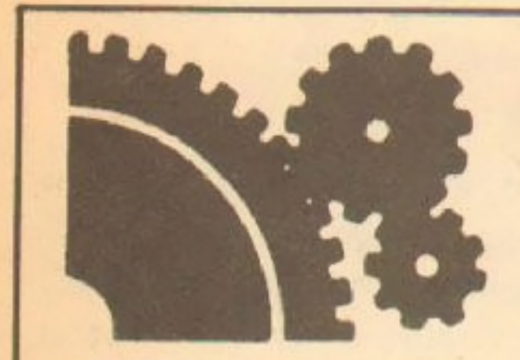
Die polnischen Reaktionäre hatten sich auf den Widerstand gegen die angekündigten Preiserhöhungen gut vorbereitet. Mit unerhörter Brutalität schlugen sie den Aufstand nieder. Örtliche Militärs wurden gar nicht erst gegen die streikenden Arbeiter mobilisiert, die Regierung schickte ihre Elitetruppe per Luftbrücke nach Radom. Sie war ausgerüstet mit Tränengas, Handgranaten und Gefangenenwagen. Hubschrauber überflogen die Stadt, um jede Bewegung zu fotographieren. In aller Eile errichteten die Arbeiter Barrikaden. Mit Benzin setzten sie die Hauptstraße in ihrer ganzen Länge in Brand, um den Truppenvormarsch zu stoppen. Polizeifahrzeuge wurden umgestürzt und angezündet, ein Polizist verbrannte in seinem Wagen.

Dann wird die Übermacht der Regierungstruppen, die mit 30 Flugzeugen aus der Luft versorgt werden, zu groß. Die Spezialeinheiten setzen die Barrikaden unter Tränengas, werfen blindlings Handgranaten in die Fenster der Häuser. Läden, Häuser werden zerstört. Unter den Arbeitern richten sie ein Blutbad an. Mindestens 17 werden ermordet, mindestens 70 schwer verletzt. Am Abend sind die Krankenhäuser so überfüllt, daß sie sich weigern, weitere Verletzte aufzunehmen.

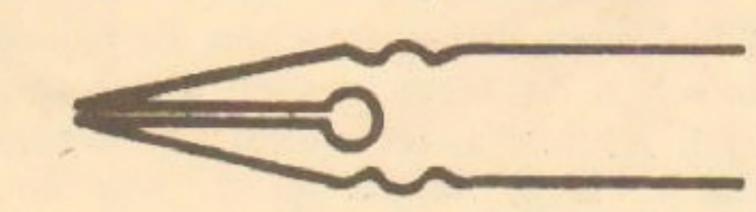
Gegen 23 Uhr haben die Militärs den Aufstand zerschlagen. Sofort beginnt eine Razzia, werden die Einwohner Radoms in Massen verhaftet. Schnellgerichtsverfahren vor Standgerichten werden eingeleitet. Arbeiter werden in aller Heimlichkeit zu Gefängnisstrafen verurteilt. Nur wenige „ausgewählte" Fälle kommen vor ein öffentliches Gericht. Wahrscheinlich sind inzwischen mehr als ein halbes Hundert Terrorurteile verhängt. Die Toten werden in aller Stille in einem Massengrab verscharrt.

„Nieder mit der Verräterpartei", das war eine Parole der kämpfenden Arbeiter von Radom. Es ist sicher, daß der faschistische Überfall auf die Stadt Radom den Kampfgeist der polnischen Arbeiterklasse nicht zerschlagen, sondern angespornt hat. Dieser Kampf hat den Werktätigen praktisch bewiesen, daß die wahre Kommunistische Partei Polens den richtigen Weg weist, wenn sie erklärt, daß die Konterrevolution in Polen nur durch die neue, sozialistische Revolution niedergeschlagen werden kann.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Arbeitshetze im Krankenhaus-Ringfinger abgerissen

Ich arbeite in einem größeren Krankenhaus. Wie schon mehrfach im „Roten Morgen" berichtet wurde, wird besonders auch in den Krankenhäusern immer schärfer rationalisiert. Das gilt für alle Bereiche und wird bei uns meist verdeckt gemacht, indem Kollegen, die ausscheiden, nicht ersetzt werden, Krankenpflegeschüler(-innen) demnächst in den Stellenplan mit einberechnet werden sollen, Sondernachtwachen gekündigt werden. Wer häufig krank macht, bekommt eine Warnung zu hören. Außerdem wird plötzlich großes Gewicht auf die Personaluntersuchung gelegt, d.h. sie sehen einen dabei an und man wird mit dem Kommentar „leistungsfähig" aus der Tür geschoben.

Insbesondere werden die Putzfrauen ausgenutzt. Sie müssen oft auf mehreren Abteilungen putzen und wo früher vier Kräfte waren, sind heute nur noch drei oder sogar zwei. Man erzählt ihnen von anderen Krankenhäusern in Hamburg oder Frankfurt, wo angeblich die Putzfrauen viel mehr Quadratmeter sauberzumachen schaffen. Dann wird ihnen damit gedroht, daß sie alle entlassen werden (indirekt, indem hier und da darüber gesprochen wird) und dafür Putzkolonnen eingestellt werden. Neulich mußten sie eine Erklärung unterschreiben, daß sie für Unfälle u.a. mit dem (uralten) Bohnerbesen selbst haften. Auf einer Station weigerten sich die Frauen über eine Woche lang, das zu tun. Die ausländischen Frauen wußten überhaupt nicht, was sie da unterschrieben, es wurde ihnen nicht richtig erklärt.

Prompt passierte etwas: Einer ausländischen Kollegin wurde der Ringfinger halb abgerissen. Sie war dafür versichert. Als sie sich nun an die Versicherung wandte, wurde ihr erklärt, nur die ersten drei Finger der Hand seien versichert, der Ringfinger aber nicht. Alle, die das hörten, waren sehr empört, besonders die Putzfrauen. Eine sagte: „Das kann uns schließlich auch passieren bei der Hetze. Die ausländische Kollegin mußte am Unfalltag an drei verschiedenen Stellen arbeiten und hat sich unheimlich abgerakkert. Ist es da ein Wunder, wenn so etwas passiert? Wir müssen unbedingt etwas dagegen tun!" Lange werden sich die Kollegen das jedenfalls nicht mehr gefallen lassen.

Eine Genossin aus Kassel

"So ein paar Kratzer kann sich jeder mal zufügen"...

Genossen!

Welche Aufgaben die sogenannten Werksärzte in der kapitalistischen Gesellschaft haben, zeigte folgendes Ereignis letzte Woche in dem Betrieb, in dem ich arbeite.

Ein Kollege hatte sich beide Hände an einem scharfkantigen, sich drehenden Werkstück verletzt. Der Werksarzt, der zufällig im Betrieb war, verarztete die stark blutenden Wunden mit Puder, das er hineinkippte und Pflaster, mit dem er die Wunden zuklebte. Aber nicht genug mit dieser offenkundigen Pfuscherei, vor der jeder Teilnehmer eines 1. Hilfe-Kurses gewarnt wird. Zunächst versuchte dieser „Mediziner" den Kollegen mit seiner Verletzung wieder an die ölige und schmutzige Arbeit zu schicken, was sich der Kollege aber nicht gefallen ließ. Und als der Kollege aus dem Krankenhaus vom Unfallarzt zurückkam (der sehr erstaunt über das Heftpflaster war — mehr aber auch nicht, als er den prominenten Ersten Helfer erfuhr) versuchte der Werksarzt den Kollegen zu überreden, sich vom Hausarzt ja nicht länger als drei Tage krank schreiben zu lassen. „So ein paar Kratzer kann sich jeder mal mit Messer und Gabel zufügen", meinte er sinngemäß. Aber erst nach 1 1/2 Wochen waren die Wunden abgeheilt und der Kollege erschien wieder zur Arbeit.

Ein Genosse aus Mainz

Wer krank ist, wird auf die Strasse geworfen

Ich arbeite in einer Metallwarenfabrik im Büro. Die Firma beschäftigt ca. 100 zum größten Teil ausländische Arbeiter in der Fabrikation und im Lager, außerdem zehn Büroangestellte (davon zwei Lehrlinge, die die Stelle von fehlenden Vollkräften ausfüllen müssen). Im Zweig- und Hauptwerk wurden im letzten Jahr ca. 40% der Arbeiter entlassen, aus dem Büro drei Kollegen wegen „Unfähigkeit". Zwei Angestellte und einige Arbeiter wurden hinausgeekelt. Die Plätze der fehlenden Arbeiter und der fünf Angestellten wurden nicht ersetzt, sondern die übrigen müssen die Arbeit, die nicht weniger, sondern im Gegenteil mehr wurde, mitmachen. Die Firma hat laut Jahresbilanz mit weniger Arbeitern mehr Gewinn gemacht als im vorigen Jahr.

Die Firma vermietet einen Teil des Gebäudes an eine andere Firma, eine Etage wurde bislang an Ausländer vermietet. Um mehr Geld an den Zimmern zu verdienen, wurden kürzlich ohne Pardon alle Ausländer kurzfristig rausgeschmissen. Einer griechischen Kollegin, sie und ihr Mann wurden entlassen, sagte man, sie solle mit ihren zwei Kindern einfach früher nach Griechenland zurück, auf jeden Fall müsse sie zum vorgeschriebenen Termin unwiderruflich raus.

Man darf niemals krank sein oder Urlaub nehmen, wenn es dem Chef nicht paßt. Ein Kollege, der Fahrer der Firma, mußte einmal wegen der Kinder seiner früheren Verlobten fünf Tage Urlaub nehmen. Damals drohte der Chef schon mit Rausschmiß. Dann war er 3 1/2 Tage krank. Daraufhin bekam er eine Änderungskündigung. Obwohl er als Fahrer mehr als ausgelastet war, arbeitet er jetzt nur die Hälfte der Zeit als Fahrer, die andere Hälfte als Hilfsarbeiter in der Fabrik. So spart der Kapitalist einen Lohn ein. Jetzt ist der Kollege bei einem Volksfest in eine ungewollte Schlägerei geraten, hat eine Rippenquetschung und einen verstauchten Fuß und war vier Wochen wirklich krank. Zum 23. Juli wurde er gekündigt.

Ich war ebenfalls vier Wochen krank. Im Winter sind im Büro morgens bis elf Uhr höchstens 15 bis 16 Grad, dann steigt die Temperatur auf ca. 18 Grad an. Für die sitzende Tätigkeit ist das natürlich viel zu wenig. Dort habe ich mir also jetzt eine chronische Krankheit geholt, die ich auskurieren muß. Als ich wieder ins Büro kam, empfahl man mir, zu kündigen.

Ich sehe natürlich keine Veranlassung dazu, sondern werde vielmehr im kommenden Winter alles daran setzen, daß die Verhältnisse geändert werden. Nun habe ich mir letzte Woche den Fuß schwer verletzt und mußte über eine Woche zu Hause bleiben. Jetzt werde ich wohl meinen „Flugschein" mit Bravour gemacht haben.

Noch etwas: Von einer Freundin hörte ich, daß in einer anderen Firma folgendes passiert ist: Eine Kollegin meldete im Personalbüro an, daß sie schwanger ist und legte die Belege vor. Daraufhin sagte der Chef zu ihr, sie solle ja so schnell wie möglich kündigen, sonst würde man ihr das Leben zur Hölle machen.

Eine Genossin aus Nürnberg

Manteltarif in der Glasindustrie

Samstagsarbeit - ohne einen Pfennig Zuschlag

Vor vier Jahren wurde in der Glasindustrie zwischen den Kapitalisten und der IG-Chemie-Papier-Keramik ein Manteltarifvertrag abgeschlossen, dessen Kernstück die Regelung der Zuschläge für Überstunden, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit sind. Zum 30. Juni dieses Jahres wäre der Vertrag erstmals kündbar gewesen. Mit dem Abschluß dieses Tarifvertrages verübte der Gewerkschaftsapparat einen schändlichen Verrat an den Interessen der Glasarbeiter.

Die Abmachungen für die Zuschläge in der Glasindustrie liegen noch weit unter den entsprechenden Regelungen des Manteltarifvertrags für die Eisen- und Stahlindustrie (vgl. RM 30/76). Während die Stahlarbeiter für die Spätschicht von 14-22 Uhr einen Zuschlag von 12,5% erhalten, bekommen die Arbeiter der Glasindustrie hier keinen Pfennig mehr. Ähnlich ist es mit der Samstagsarbeit. Die Arbeiter der Stahlindustrie erhalten hier einen Zuschlag von 50%, die der Glasindustrie jedoch kein einziges Prozent mehr. Groß sind auch die Unterschiede bei den Regelungen für die Nacht- und Sonntagsarbeit. Hier liegen die entsprechenden Sätze für die Stahlarbeiter bei 20 bzw. 70%, in der Glasindustrie jedoch nur bei 10 bzw. 60%. Die Arbeitsbedingungen sind für die Kollegen der Glasindustrie allerdings nicht weniger hart als in der Stahlindustrie. Viele Kollegen müssen Conti-Schicht arbeiten. An den Glasöfen herrscht eine mörderische Hitze.

Die Kapitalisten versuchen zudem mit allen Mitteln, die Lasten der Krise, von der die Glasindustrie besonders schwer betroffen ist, auf die Schultern der Arbeiter abzuwälzen. Sie haben in der letzten Zeit Hunderte von Arbeitern auf die Straße gesetzt, während sie in den Betrieben gleichzeitig die Arbeitshetze verschärften. In einigen Betrieben starteten die Kapitalisten sogar offene Angriffe auf die Löhne der Arbeiter. So erfuhren die Arbeiter einer Glashütte nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub, daß sie entlassen waren. Der Kapitalist machte dann einem Teil der Arbeiter ein neues „Angebot" und bot ihnen die Wiedereinstellung zu allerdings wesentlich niedrigeren Löhnen als vorher an. Angesichts dieser Lage ist es besonders schändlich, daß der Gewerkschaftsapparat die Kündigungsfrist des Manteltarifvertrages verstreichen ließ, um den Kapitalisten zu Hilfe zu kommen.

Die Kapitalisten und der IG-Chemie-Papier-Keramik-Apparat hatten allerdings schon vorsorglich in den Manteltarifvertrag aufgenommen, daß er auf „unbestimmte Zeit" abgeschlossen wird (§23). Sie legten außerdem fest: „Die Tarifvertragsparteien verpflichten sich, vor Ausspruch einer Kündigung zunächst in Gespräche einzutreten, um die Kündigung möglichst zu vermeiden." Der Abschluß eines solchen Vertrages nützt allerdings einzig und allein den Kapitalisten. Der Gewerkschaftsapparat verpflichtet sich vertraglich, die Glasarbeiter vom Kampf für die Verbesserung ihrer Lebenslage abzuhalten, er verpflichtet sich vertraglich, die Arbeiter dazu zu bringen, die verschärfte Ausbeutung und die Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schulter kampflos hinzunehmen. Er zeigte damit einmal mehr sein wahres Gesicht als Feind der Arbeiterklasse.

Die Glasarbeiter befinden sich in einer schwierigen Lage. In der Glasindustrie ist die Arbeitslosigkeit hoch. Die Betriebe befinden sich oft in wenig industrialisierten Regionen, so daß die Kollegen beim Verlust ihres Arbeitsplatzes kaum Aussicht haben, andere Arbeit zu finden. Die Löhne sind niedrig und die Arbeiter wenig kampferfahren. Die Kapitalisten nutzen diese Lage aus, um die Angst um den Verlust des Arbeitsplatzes unter den Kollegen zu schüren, ihre Kampfkraft noch weiter zu schwächen, Spaltung zu betreiben, um die Ausbeutung und Ausplünderung zu verschärfen. So drohten die Kapitalisten der Glasindustrie, die sich weitgehend in den Händen eines französischen kapitalistischen Konzerns befindet, bei einer Kündigung des Manteltarifvertrages mit der Schließung von Betrieben und ihrer Verlagerung ins Ausland.

Das zeigt erneut, daß sich die Arbeiter für ihre Tagesforderungen nicht nur gegen die Kapitalisten, sondern auch gegen den reaktionären, arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparat zusammenschließen müssen, um Erfolge erringen zu können.

Zwei Tote bei Grubenunglück auf Zeche Luisenthal

Profitgier fordert neue Opfer

Sieben Bergleute wurden Ende Juli bei einer Gasexplosion in der Zeche Luisenthal in Völklingen, dem „Gasloch Luisenthal", schwer verletzt. Zwei von ihnen, der 46-jährige Matthias Becker und der 37-jährige Manfred Blank, beides Familienväter, sind inzwischen an ihren schweren Verletzungen gestorben. Die Profitgier der Bergbau-Kapitalisten hat neue Opfer gefordert.

„Ich stand gerade zehn Meter hinter der Maschine. Durch die Explosionswelle wurde ich fünf oder mehr Meter weit geschleudert. Dadurch, daß ich auf dem Boden lag, gingen die Hitzewelle und die Flamme über mich hinweg" schilderte der achte Mann der Arbeitskolonne, der in der Strecke verunglückte und der als einziger nur leichte Verletzungen erlitt, die Wucht der Explosion. Und er erzählt, daß er schon 1962, als eine schwere Explosion auf der gleichen Zeche 299 Todesopfer forderte, nur durch einen Zufall davongekommen war. „1962, bei dem Unglück, habe ich fast sämtliche Arbeitskollegen verloren", fährt er fort, und: „Ich habe schon 30 Jahre unter Tage voll und schon zweimal Glück gehabt."

„Zweimal Glück gehabt" — das heißt, zweimal durch einen glücklichen Zufall dem Tod entronnen. Ein Bergmann, der 30 Jahre unter Tage arbeitet und immer noch am Leben und kein Krüppel ist, hat eben „Glück gehabt ".

Das ist wirklich der richtige Ausdruck dafür! Denn die Bergbaukapitalisten kalkulieren kaltblütig Tod und Invalidität der Kumpels mit ein. Das Unglück auf Luisenthal beweist es.

Fragt man die Experten, so war es „natürlich" ein Unglücksfall. Gegenüber Zeitungsreportern erklärte der leitende Bergdirektor Thielen vom Oberbergamt die Ursachen des Unglücks so: „Die Teilschnittmaschine hat vermutlich beim Streckenvortrieb einen sogenannten ‚Bläser' (ein unter Druck stehender, mit Grubengas gefüllter Hohlraum) angeschnitten. Dadurch kam es zu verstärktem Gasaustritt. Da beim Schneiden der Maschine ungünstiges Gestein vorhanden war, kam es zur Funkenentwicklung. Das ausgetretene Grubengas wurde so entzündet."

Was Herr Bergdirektor da auftischt, ist schlicht und einfach die Beschreibung dessen, was geschah. Noch jedes schlagende Wetter ist so entstanden, daß Gas ausströmte und sich dann entzündet hat. Fragt man nach den Schuldigen für das Unglück auf Luisenthal, fragt man nach denen, die diese beiden Bergleute auf dem Gewissen haben, dann muß man danach fragen, wie diese ganz natürlich gefährlichen Vorgänge unter Tage kontrolliert werden, um die Gefahr zu beseitigen. Dann muß man zum Beispiel fragen, wieso es kommen konnte, daß unkontrolliert Grubengas in solcher Menge austreten konnte. Gibt es vielleicht keine Meßgeräte? Es gibt sie. Gibt es vielleicht keine Vorschriften darüber, daß sämtliche Arbeiter sich sofort vom Arbeitsplatz entfernen müssen, wenn der Methangasgehalt einen bestimmten Wert überschreitet, der noch relativ ungefährlich ist?

Das alles gibt es. Nur bedeuten diese Vorschriften eben, daß Arbeitszeit für Gasmessungen draufgeht, daß die Kumpels ihren Arbeitsplatz verlassen, wenn — in den Augen der Bergkapitalisten — noch keine akute Gefahr für sie besteht. Also bleiben diese Sicherheitsvorkehrungen eben meistens Papier.

Oder, kann man fragen, wieso wurde die Funkenbildung nicht unterbunden? Es gibt da doch die Vorschrift, daß beim Vortrieb die Maschine ständig durch einen Wasserstrahl gekühlt werden muß — einmal, um den Steinstaub niederzudrücken, der die Atmungsorgane der Kumpel gefährdet, zum anderen, um jede Funkenbildung zu verhindern. Es gibt diese Vorschriften, und es gibt die entsprechenden Maschinen. Aber jeder Bergmann weiß, wie oft dieser lebensrettende Wasserstrahl **nicht** fließt — nicht nur auf Luisenthal. Denn die Maschine jedesmal entsprechend vorzubereiten, kostet wieder Zeit. Und Zeit ist Geld für die Saarbergwerkskapitalisten. Daß dieser Zeitaufwand für die Belegschaft unter Tage darüber entscheidet, ob sie mit 45 Jahren Krüppel oder tot sind, das interessiert die Profithaie im Bergbau nicht.

Die toten und verletzten Kumpel von Luisenthal sind keinem Unglück zum Opfer gefallen, ihr Tod wurde einkalkuliert. „Die Bergkapitalisten sind, wie alle Kapitalisten, darauf aus, in ihrer mörderischen Konkurrenz das letzte aus den Arbeitern herauszupressen, auch wenn dabei Leib und Leben gefährdet werden. So steht Saarberg als Energiekonzern in scharfer Konkurrenz zu den US-amerikanischen und russischen Kapitalisten. Jeder versucht den anderen auf den Gebieten Erdöl, Erdgas, Kohle usw. auszustechen. Dabei sind ihnen alle Mittel recht." Das mörderische Ausbeutersystem fordert alle paar Minuten Verletzte und alle zwei Stunden einen tödlichen Unfall", schreiben die Saarbrücker Genossen in einem Flugblatt zu der Explosion auf Luisenthal. Die Kumpel wissen, wie wahr das ist. Aus allen Zeitungsinterviews, die nach dem Unglück veröffentlicht wurden, sprach ihre Angst davor, wieder einfahren zu müssen und zu den nächsten Opfern zu gehören.

Voerde: "Arbeitsplätze" oder "Umweltschutz"

Eine verlogene Alternative

Vor kurzem bestätigte das Oberverwaltungsgericht Münster ein Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 16. September letzten Jahres. Mit diesem Urteil ist der Bau des größten Steinkohlekraftwerks der Welt in Voerde (nordwestlich von Dinslaken-Duisburg) vorläufig auf Eis gelegt. Die Richter hatten ihr Urteil mit der drohenden unzumutbaren Umweltverschmutzung durch das Kraftwerk begründet. Wie ein Mann fielen die Betroffenen über den Richter her. Sie alle, die Landesregierung NRW, der Bund, die Kohlekapitalisten und der Gewerkschaftsapparat der IGBE, erklärten demagogisch: Tausende von Arbeitsplätzen sind in Gefahr, die Sicherung der Arbeitsplätze muß Vorrang vor dem Umweltschutz haben usw. usf.

Was steckt hinter diesem demagogischen Geschrei und der verlogenen Alternative: entweder Umweltschutz oder Sicherung der Arbeitsplätze?

Zunächst: Die Tatsache, daß die Landesregierung von NRW, die Bundesregierung, Kohlekapitalisten und IGBE-Apparat an einem Strang ziehen, ist kein Zufall. Schließlich sind sie alle Teilhaber und Eigentümer der „Ruhrkohle AG", des einzigen westdeutschen Steinkohlemonopols. Schließlich sind sie auch alle in der einen oder anderen Form an den Elektrizitätsgesellschaften beteiligt, denen der Strom aus Voerde erhebliche Profite einbringen würde. Natürlich sind die „Ruhrkohle AG" und die Elektrizitätswerke, an denen ja bekanntlich der Staat beteiligt ist, kapitalistische Monopole, für die weder die „Sicherung der Arbeitsplätze" noch der „Umweltschutz", von Bedeutung sind, sondern für die einzig und allein der Profit zählt, den sie aus der Ausbeutung der Arbeiter und der Ausplünderung der Werktätigen herausholen können.

„Sicherung der Arbeitsplätze"

Für die Kohlekapitalisten hat die „Sicherung der Arbeitsplätze" noch nie eine Rolle gespielt. Das gleiche gilt für den kapitalistischen Staat. In den letzten zwanzig Jahren legten die Kapitalisten zwischen Rhein und Ruhr insgesamt 127 Schächte still und warfen über 250000 Kumpels auf die Straße. Mit der Zusamenfassung der Ruhrzechen in einem einzigen Monopol unter Beteiligung des kapitalistischen Staates und des Gewerkschaftsapparates erreichte die Stillegungswelle im Ruhrgebiet erst ihren Höhepunkt. Noch heute rühmen sich z. B. die Bonzen der IGBE offen, daß es den Kohlekapitalisten ohne ihre Mithilfe niemals gelungen wäre, in so kurzer Zeit soviele Kumpel auf die Straße zu setzen. Zugleich wurden die noch verbliebenen Zechen durchrationalisiert, wurde die Arbeitshetze für die Kumpels noch mörderischer. Die Tatsache, daß heute ein Kumpel pro Schicht mehr als das Doppelte fördert als vor zwanzig Jahren, macht das deutlich genug. Zur gleichen Zeit, wo der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn lauthals den Verlust der Arbeitsplätze durch den Stop des Baus des Kraftwerks Voerde beklagt, läuft ein von seiner Regierung finanziertes Programm zur Entwicklung neuer Abbaumethoden. Diese Methoden, die heute schon auf der Zeche Hansa in Dortmund eingesetzt werden, werden zur Entlassung von mindestens tausend weiteren Kumpels führen. Man sieht also, daß diese Leute keineswegs die „Sicherheit der Arbeitsplätze" interessiert, sondern daß sie lediglich den Profit im Auge haben. Ihr Gerede hat nur den Zweck, die Kumpels einzuschüchtern und in der Bevölkerung, die sich gegen den Bau des Kraftwerkes wehrt, Stimmung zu machen.

Voerde — ein Riesengeschäft für die Kapitalisten

In Wirklichkeit geht es den Kapitalisten, den staatlichen Behörden und dem Gewerkschaftsapparat in Voerde nicht um die „Sicherheit der Arbeitsplätze", sondern um ein Riesengeschäft. Bekanntlich hat die Bundesregierung vor einiger Zeit ein „Energieprogramm" verabschiedet, in dem — unter dem Deckmantel der „Sicherung der Arbeitsplätze und der Versorgung mit Energie" — eine Reihe von Maßnahmen vorgesehen sind, um die Kohleproduktion für die Kapitalisten profitabler zu machen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die Planung des Baus einer Reihe von Kraftwerken auf Steinkohlebasis. Die Bundesregierung zahlt für den Bau solcher Kraftwerke den Kapitalisten hohe Subventionen, für deren Aufbringung die Taschen der Werktätigen geplündert werden. So wird seit dem 1. April dieses Jahres allen privaten Elektrizitätsverbrauchern ein sogenannter „Kohlepfennig" abgeknöpft, der auf den Strompreis aufgeschlagen wurde. Die weit über 2 Milliarden DM, die auf diese Weise zusammengeplündert werden, fließen direkt in die Taschen der kapitalistischen Monopole, die am Bau der Kohlekraftwerke beteiligt sind. Die ganze Aufregung der Kapitalisten über das Gerichtsurteil von Münster hat ihren Grund einfach darin, daß sie ein Riesengeschäft in Gefahr sehen.

Kraftwerkbau ohne Rücksicht auf die Umwelt

Der Bau des Kohlekraftwerks ist tatsächlich ohne Rücksicht auf die Umwelt betrieben worden. Voerde liegt im Einzugsbereich von Duisburg-Mülheim-Oberhausen. In diesem Gebiet gibt es die höchste Luftverschmutzung im gesamten Ruhrgebiet. Die Grenzwerte für bestimmte Gifte, sind hier, wie die Kapitalisten selbst zugeben müssen, längst überschritten. In Duisburg wird der hohe Giftgehalt in der Luft sogar zu Menschenversuchen ausgenutzt. In Reihenuntersuchungen an Kindern und Erwachsenen werden hier die Wirkungen von bestimmten Giften in der Luft erforscht. Bekämpft wird die Verpestung der Luft weder von den Kapitalisten noch den staatlichen und kommunalen Behörden. In diesem Gebiet also wollten die Kapitalisten das größte Kohlekraftwerk der Welt errichten und Tonnen von hochgiftigem Schwefeldioxid noch zusätzlich in die Luft jagen. Sie weigerten sich sogar, vor Baubeginn eine von ihnen geforderte Garantie abzugeben, sich auf die vollständige Entschwefelung der in die Luft gejagten Gase zu verpflichten.

Das Urteil von Münster, aus welchen Gründen es auch immer gefällt wurde, hat den Kapitalisten vorläufig einen Strich durch die Rechnung gemacht. Das Kohlekraftwerk wird aber trotzdem gebaut. Auf einer Konferenz der nordrhein-westfälischen Minister Farthmann, Riemer und Posser mit dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Rohwedder, beschlossen diese Herren einfach, den Bundestag eine Novelle zum Bundes-Emissionsgesetz (in dem die Höchstwerte für die Luftverschmutzung bestimmt sind) verabschieden zu lassen. Das Gesetz soll so geändert werden, daß das Kraftwerk auf jeden Fall gebaut werden kann. Für diesen Plan gaben bereits auch die Bonzen der IGBE ihre Zustimmung. Wozu gibt es denn die Parlamente?

Die angebliche Alternative „Sicherung der Arbeitsplätze" oder „Umweltschutz" ist durch und durch verlogen. In der kapitalistischen Gesellschaft existieren sowohl Umweltverschmutzung als auch Arbeitslosigkeit. Denn hier stehen nicht die Bedürfnisse der werktätigen Massen im Mittelpunkt der Produktion, sondern ihre Ausbeutung durch eine Handvoll Kapitalisten, deren einziges Ziel es ist, möglichst hohe Profite zu machen. Erst mit dem Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung durch die sozialistische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus wird auch die Arbeitslosigkeit beseitigt werden und die Umweltverschmutzung richtig bekämpft werden können.

Kaufhaus-Kapitalisten in Hamburg

Mit Lügen und Hetze Entlassung vorbereitet

Am Dienstag vorletzter Woche wurde die Kommunistin Birgit M. von den Hamburger Kaufhof-Kapitalisten mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Birgit arbeitet seit ca. 1 1/2 Jahren als Verkäuferin im Kaufhof und ist als Kommunistin der Geschäftsführung schon seit langem ein Dorn im Auge.

Zum Anlaß für die Zwangsbeurlaubung nahmen die Kaufhof-Kapitalisten eine Solidaritätskampagne unter den Kollegen in Birgits Abteilung. Die Kollegen wehrten sich geschlossen gegen die Schikanierungen der Geschäftsleitung, die in die Abteilung eine ihr treue Dienerin und Denunziantin eingeschleust hatte. Prompt wurde eine Kollegin unter Androhung ihrer Kündigung strafversetzt, drei weitere, die sich ebenfalls nicht durch solche Bespitzelung einschüchtern ließen, bekamen eine Verwarnung.

Die Sache wurde im ganzen Haus bekannt, dafür sorgten schon die restlichen Kollegen. Vor allem Birgit setzte sich besonders für die strafversetzte Kollegin ein. Die Geschäftsleitung geriet in Panik und beurlaubte Birgit, die wegen Schwangerschaft zur Zeit nicht kündbar ist, wegen „Betriebsfriedenstörung", um sie gleich nach der gesetzlichen Schwangerschaftsfrist zu entlassen. Gleichzeitig startete sie eine unglaubliche Hetzkampagne gegen Birgit, verbreitete Lügen, wie, Birgit hätte im Gefängnis gesessen, sei vorbestraft und hätte Kontakt zur „Baader-Meinhof-Gruppe".

Doch diese Versuche, Birgit von den Kollegen ihrer Abteilung zu isolieren, schlugen fehl. Die Partei veröffentlichte die Machenschaften der Kaufhof-Kapitalisten und des Betriebsrates, der der Zwangsbeurlaubung zugestimmt hatte, und Birgit verteilte eine persönliche Erklärung an die Kollegen, in der sie die Lügen und Verleumdungen entschieden zurückweist. Gemeinsam mit den Kollegen kämpft sie jetzt für die sofortige Zurücknahme der Zwangsbeurlaubung.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



KPD/ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN – LENINISTEN

BETRIEBSZEITUNG FÜR DIE KLÖCKNER HÜTTE 2.6.1976

KOLLEGEN, VERGLEICHEN WIR MAL:

Michaels Entlassung und Röpckes "Entlassung"

Bei den Vertrauensleute-Wahlen war der kommunistische Arbeiter Michael W. von den Klöckner-Kapitalisten fristlos entlassen worden, nachdem ihn seine Kollegen am Hochofen als Vertrauensmann vorgeschlagen hatten.

Der „Angriff", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Klöckner, entlarvte jetzt anhand einer Gegenüberstellung der Entlassung dieses kommunistischen Kollegen und der Entlassung des D„K"P-Betriebsrates Röpke 1973, wen die Kapitalisten wirklich bekämpfen und wen nicht.

Bei Michael sprach die Werksleitung unmittelbar nach seiner Rede auf der Betriebsversammlung ein Werksverbot aus. Mehrere Tage vor der Kündigung.	Röpke, der angeblich Streikposten beim Streik 1973 herangeschafft haben sollte, konnte auch nach seiner Kündigung weiter bei Klöckner ein und aus gehen.
Der Betriebsrat stimmte einstimmig Michaels Kündigung zu.	Die Kündigung Röpkes lehnte der Betriebsrat ab.
Für Michael sammelten fast alle seine Kollegen am Hochofen Unterschriften. Die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS sammelte bereits in wenigen Tagen über 600 DM zur Unterstützung des Arbeitsgerichtsprozesses. Kommunisten stützen sich auf die Kollegen und kämpfen mit ihnen gemeinsam. Sie wissen, daß es eine Illusion ist, auf das bürgerliche Arbeitsgericht zu vertrauen und zu hoffen, mit seiner Hilfe wieder in den Betrieb zu kommen.	Röpke und die D„K"P-Betriebsräte wollten alles dem Arbeitsgericht überlassen. **Auf einer Vertrauensleute-Vollversammlung forderten sie auf, von weiteren Solidaritätsbekundungen abzusehen.** Statt die Arbeiter zu Kampfaktionen zu mobilisieren, predigt die D„K"P Vertrauen in die bürgerliche Klassenjustiz ebenso wie in die DGB-Bonzen.
Das bewies jetzt erst wieder der Fall der beiden roten Betriebsratskandidaten Uwe und Norbert von AG Weser. Obwohl das Arbeitsgericht in zwei Instanzen die Kündigung für aufgehoben erklären mußte, weigerte sich AG Weser, sie weiter zu beschäftigen.	Röpke wußte, daß die Kapitalisten ihn nicht entbehren wollen. Klöckner führte den Prozeß auch tatsächlich nicht weiter und Röpke konnte Betriebsrats-Vorsitzender bleiben.

Mao Tsetung sagt: „Ich bin der Meinung, daß es für uns ... schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke steckten. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsstrich gezogen haben."

Jeder Kollege bei Klöckner kann sehen, wen die Kapitalisten wirklich bekämpfen und wen nicht! Im Kampf gegen Michaels Rausschmiß werden wir weiter erkennen, wer mit den Kapitalisten unter einer Decke steckt und wer den Kampf an der Seite der Kollegen führt.

Wieder ein tödlicher Unfall auf der Werft

Sonnabend, zwischen 7.30 und 8 Uhr: Zwei schwere Explosionen erschüttern die Werft. Der Knall war in ganz Gaarden zu hören.

Was war passiert?

Die Azetylenanlage Nr. 2 im Werk Gaarden ist explodiert: Der 60jährige Kollege Edmund wurde getötet und der Kollege Erich lebensgefährlich verletzt, als sie, wie jeden Samstag, beim Reinigen der Anlage waren.

Die Serie der schweren und schwersten Unfälle auf HDW reißt nicht ab: Ende letzten Jahres verunglückten zwei Stellagenbauer in Dock 8, davon der Kollege Walter Horr tödlich. Anfang dieses Jahres explodierte ein Rohr auf Neubau 85. Ein Kollege wurde schwer verletzt. Und jetzt mußten schon wieder mindestens zwei Kollegen dran glauben.

Waren alle diese Unfälle Zufall oder sind die verunglückten Kollegen etwa selbst Schuld gewesen? Nein! Ganz und gar nicht!

Bei der Arbeitshetze, die zur Zeit auf der Werft herrscht, ist es kein Wunder, wenn immer wieder schwere Unfälle passieren. Wie soll man sicher arbeiten, wenn man wie wild reinhauen muß, um überhaupt den Akkord zu schaffen?

Auch wenn die Einzelheiten des schrecklichen Unfalls vom Wochenende noch im Dunkeln liegen, eines ist jetzt schon klar: Die verunglückten Kollegen sind ein Opfer der Profitgier der HDW-Kapitalisten, sie wurden ermordet!

Und die Herren werden sich wie immer bemühen, die Ursachen dieses Unfalls zu vertuschen. Das zeigte sich schon am Sonnabend:



Kommunistische Betriebszeitung für die Arbeiter und Angestellten der HDW

Kollegen hatten den roten Betriebsrat Bernd Woitalla von dem Unfall benachrichtigt. Sofort machte er sich auf, um die Unfallursachen aufzudecken. Aber der Zutritt zur Werft wurde ihm verweigert mit der Begründung: Katastrophenunfall-Notstand. Und außerdem sei Sonnabends nie ein Betriebsrat auf der Werft.

Das war wohl deutlich! Die Unfallursachen sollen verschleiert werden.

Und die HDW-Kapitalisten können dabei auf ihren IGM-Betriebsrat bauen. Denn der kümmert sich weder um Arbeitssicherheit und Unfallverhütung, geschweige denn er hat jemals etwas aktiv zur Klärung von tödlichen Unfällen auf der Werft beigetragen.

Aber wir werden uns nicht mit Phrasen, wie „menschliches Versagen" (Edmund z.B. war ein erfahrener Kollege, kurz vor der Rente) oder „technische Mängel" zufriedengeben. Die Ursachen des Unfalls vom Sonnabend müssen voll und ganz aufgedeckt werden.

Die roten Betriebsräte und die Parteizelle HDW der KPD/ML werden alles tun, bis dieser grauenhafte Unfall aufgeklärt ist und wir dahin kommen, daß auf der Werkft keine Arbeit mehr angefaßt wird, wenn die Sicherkeit der Kollegen nicht gewährleistet ist.

(gekürzt)

Revisionistisches

D„K"P-REVISIONISTEN: REVOLUTIONÄRER KAMPF „MIT RECHT" VERBOTEN

Kein Mittel ist den modernen Revisionisten zu schmutzig, um die kämpfenden polnischen Arbeiter als „Rowdys und Verbrecher" zu beschimpfen. Ein besonders entlarvendes „Argument" hat sich die „UZ" vom 30. Juli ausgedacht.

Da wird der Leserbrief eines Herrn H. aus Neuss veröffentlicht, der sich selbst Kommunist nennt und sehr empört ist darüber, daß in Zeitungen der BRD der Aufstand der polnischen Arbeiter so positiv bewertet und die Terrorurteile der Gierek-Clique gegen kämpfende Arbeiter verurteilt wurden. Schließlich seien das doch „Brandstiftung, Plünderung und Anschläge auf die Eisenbahn" gewesen. Herr H. führt also den „Beweis" dafür, daß die polnischen Arbeiter Verbrechen begingen und zu Recht bestraft wurden — und zitiert niemand anderen in den Zeugenstand als die westdeutsche Kapitalistenklasse.

Und so sieht diese „Beweisführung" der modernen Revisionisten aus: „Wenn in Polen", schlußfolgert Herr H., „. . . die geplante Erhöhung von Preisen in einigen Positionen der Nahrungsmittelversorgung jede Form des Vandalismus rechtfertigt, dann müßte ich bei unseren seit Jahrzehnten vollzogenen Preiserhöhungen eigentlich halb Neuss in die Luft sprengen dürfen." **Also richtet Herr H. einen Antrag an das Ordnungsamt und die Polizeidirektion, „am Mittwoch, den 28. Juli 1976, um 17 Uhr, die Straßenbahngeleise in Höhe der Kreuzung Büchel/Glockhammer in der Länge von zwei Metern zum Zweck der Demonstration des Protestes gegen die Preissteigerungen aufreißen zu dürfen."**

Herr H. kann sich nicht sehr gewundert haben, daß ihm diese Aktion verboten wurde. Denn, so die Polizei, das Herausreißen von Straßenbahnschienen sei „eine strafbare Handlung und Verletzung fremden Eigentums". Also folgern **Herr H. und mit ihm die „UZ" messerscharf: Es ist „grobe Demagogie und Antikommunismus", die Aktionen der polnischen Arbeiterklasse zu rechtfertigen. Denn: „Im eigenen Land sind sie mit vollem Recht — wie in der Volksrepublik Polen — natürlich verboten."**

„Mit vollem Recht verboten" ist es also, wenn die Arbeiterklasse revolutioniär für ihre Interessen kämpft, wenn sie gegen die reaktionäre Gewalt des Staatsapparates revolutionäre Gewalt setzt! Wir wissen aus Erfahrung, daß die D„K"P-Revisionisten nicht nur mit Worten gegen die revolutionäre Gewalt vorgehen, sondern daß sie im Ernstfall auch keinen Deut besser handeln als ihre polnischen Gesinnungsbrüder, die die revolutionären Arbeiter niederknüppeln und einsperren ließen. Auch in unserem Land hat die Arbeiterklasse revolutionäre Gewalt angewandt, um ihre Interessen zu verteidigen. Straßenbahnschienen wurden zugemauert, Truppenübungsplätze besetzt und vieles mehr. Und regelmäßig fand man in diesen Kämpfen die D„K"P-Revisionisten auf der anderen Seite der Barrikade als Abwiegler, Denunzianten und nicht zuletzt als Schlägertrupps der Bourgeoisie gegen Revolutionäre.

Die Arbeiterklasse wird aus der unverschämten „Beweisführung" des Herrn H. und der D„K"P freilich eine ganz andere Schlußfolgerung ziehen, als ihnen lieb ist: daß ein Staat nämlich, in dem der Kampf der Arbeiter um ihre Rechte brutal unterdrückt und „mit vollem Recht verboten" ist, kein Staat der Arbeiterklasse ist, sondern eine Diktatur der Bourgeoisie. Und die Tatsache, daß hier wie in Polen revolutionäre Kämpfe unterdrückt werden, beweist, daß in beiden Ländern nicht das Volk, sondern die Ausbeuterklasse an der Macht ist.

Interview mit einer deutschen Teilnehmerin des ethnographischen Kongresses in Tirana

Die albanische Kultur gehört dem Volk

Aus Anlaß und zu Ehren des 35. Jahrestages der Partei der Arbeit Albaniens im November dieses Jahres fand vom 28.6. bis zum 30.6.76 in Tirana eine Nationale Konferenz Ethnographischer Studien statt. Diese Konferenz, die von der Akademie der Wissenschaften einberufen worden war, stellte ein wichtiges Ereignis für das ganze Land dar. Zu dieser Konferenz waren auch zahlreiche Wissenschaftler und Freunde aus dem Ausland eingeladen — unter anderem auch ein Vertreter der Gesellschaft der Freunde Albaniens. Wir sprachen mit der Teilnehmerin über ihre Eindrücke.

„Roter Morgen": Bei uns in der Bundesrepublik ist die Ethnographie — die Wissenschaft von der Kultur, den Sitten und Gebräuchen eines Volkes — in die Studierzimmer einiger Professoren verbannt. Wie sieht es in Albanien aus?

Vertreter der GFA: Ganz anders. Man konnte das am Beispiel dieser Konferenz sehen. Die Konferenz war ein wichtiges, nationales Ereignis, das nicht nur von Wissenschaftlern und Forschern, sondern vom ganzen Volk mit großem Interesse verfolgt wurde. In allen Zeitungen der Partei der Arbeit Albaniens wurden die vier Hauptreferate vollständig abgedruckt. Man kann sagen, daß die Konferenz ein Ausdruck der Beteiligung des Volkes an Forschung und Wissenschaft auf diesem Gebiet war, denn es waren auf der Konferenz auch Laien vertreten, die sich mit Volkskunde beschäftigen.

„Roter Morgen": Woher rührt dieses große und für uns erstaunliche Interesse an der Volkskultur?

Vertreter der GFA: Die hauptsächliche Ursache dafür ist die Tatsache, daß in Albanien die Kultur Eigentum des ganzen Volkes ist, daß sie nicht Studienobjekt für einige Professoren ist, sondern lebendige Wirklichkeit für das gesamte Volk. Albanien hat eine große kulturelle Tradition, die bis in die Zeit der Illyrer zurückreicht. Das albanische Volk bewahrte sich diese kulturelle Tradition gegen alle Versuche fremder Eindringlinge, etwa der Türken oder der Italiener, die albanische Nationalkultur zu zerstören. Aber erst nach der Befreiung Albaniens, erst durch die Fürsorge der Partei wurde der Schatz des Nationaleigentums zum Eigentum des ganzen Volkes. Ein Beispiel dafür: Sofort nach der Befreiung, ab 1949, wurde das albanische Folkorearchiv errichtet. In diesem Archiv befinden sich heute über eine Million Volksverse, ungefähr 3 000 auf Tonband aufgenommene Melodien, über 200 gefilmte Volkstänze sowie ein ganzes Instrumentarium von Volksmusikinstrumenten. In den letzten Jahren wurden über 50 Bände mit Volksdichtung herausgegeben. Genosse Enver Hoxha sagte: „Diese Werte der fortschrittlichen Kunst wurden zum Gegenstand eines berechtigten Stolzes, sie sind unser Beitrag zum Schatz der fortschrittlichen Weltkultur."

„Roter Morgen": Dieser Nationalstolz der Albaner wird manche Leser des „Roten Morgen" überraschen . . .

Vertreterin der GFA: Das kommt eben daher, daß viele bei National-stolz an den Hurrapatriotismus der Bourgeoisie denken. Damit hat die Pflege des albanischen Kulturerbes aber nichts zu tun. Die Albaner wollen niemanden ihre Kultur aufzwingen, wogegen sie sich aber wenden, das sind die Ideologien, die vor allem die beiden Supermächte verbreiten. Sie wenden sich gegen den kulturellen Druck, den der US-Imperialismus und SU-Imperialismus ausüben. Denn er hat — wie man zum Beispiel auch bei uns sehen konnte — kein anderes Ziel, als anderen Völkern und Nationen, die Lebens- und Denkweise der Supermächte aufzuzwingen und steht so im Dienst ihrer Großmachtpolitik. Wenn die Supermächte von der „Internationalisierung" der Kultur reden, dann deshalb, weil sie die Kultur anderer Völker liquidieren wollen. Aus diesem Grund ist es auch für das albanische Volk absolut notwendig, einen entschlossenen Kampf um die Erhaltung der nationalen Eigenart von Kunst und Kultur und für die Entwicklung und Bereicherung des kulturellen Schatzes des Volkes zu führen.



Die Kinder Albaniens werden zur Liebe zur albanischen Nationalkultur erzogen. Bild: Volkstanz auf dem Fest der Pioniere in Tirana

„Roter Morgen": Welche Bedeutung hat die Förderung der Volkskultur für den sozialistischen Aufbau in Albanien und für die Schaffung des „neuen Menschen"?

Vertreter der GFA: Die Förderung der Volkskultur, die Pflege des fortschrittlichen Kulturerbes bewirkt einmal den nationalen Zusammenschluß des albanischen Volkes in ihrem sozialistischen Staat. Dabei beschränkt man sich natürlich nicht auf das Sammeln des früher Entstandenen und seine Pflege. Es entstehen neue Sitten und Gebräuche, es entstehen neue künstlerische und kulturelle Werte, die ihren Ursprung in der neuen, sozialistischen Gesellschaft haben, die dem Kampf für die kommunistische Moral entspringen. Das bedeutet natürlich auch, daß gegen rückschrittliche Sitten und Gebräuche der Kampf aufgenommen wurde und weitergeführt wird. Etwa gegen Überreste der vor der Befreiung Albaniens vom Imperialismus üblichen Blutrache oder etwa der reaktionären Heiratssitten, bei denen die Frauen schon als kleine Mädchen und ohne Rücksicht auf ihre Wünsche und Gefühle verheiratet wurden. Hier zeigt sich übrigens auch der Unterschied zwischen der Ethnographie, wie sie in Albanien betrieben wird, und der bei uns üblichen bürgerlichen Ethnographie. Die albanische Ethnographie beschränkt sich nicht auf das Sammeln alter Dinge, auf die Registrierung alter Sitten und Gebräuche. Sie begreift sich als marxistisch-leninistische Wissenschaft, die die Welt nicht nur interpretiert, sondern verändert, die sich bemüht, die marxistisch-leninistische Ideologie der Arbeiterklasse in allen Bereichen der Kultur durchzusetzen.

„Roter Morgen": Du hast zu Anfang gesagt, daß die Ethnographie in Albanien kein für Wissenschaftler reserviertes Gebiet ist. Kannst du uns ein Beispiel für die Beteiligung des Volkes auf diesem Gebiet nennen?

Vertreter der GFA: Ja, und zwar bei einer sehr wichtigen Aufgabe, die sich die albanische Ethnographie gestellt hat. Es soll nämlich ein ethnographischer Atlas von Albanien geschaffen werden. Die Erstellung dieses Atlanten wäre ohne die breite Beteiligung der Massen gar nicht möglich. Zahlreiche Laien, vor allem Lehrer in allen Gebieten Albaniens, auch in den entlegensten Dörfern, tragen dazu Informationen zusammen, die dann in diesem Atlas verarbeitet werden.

„Roter Morgen": Welche Eindrücke konntest du selbst bei deinem Besuch in Albanien von der albanischen Kultur gewinnen?

Vertreter der GFA: Einmal fand aus Anlaß der Konferenz eine Ausstellung „Die albanische Volkskultur" statt. Hier waren zahlreiche Dokumente über die Lebensgewohnheiten und die Volkskunst Albaniens aus vielen Jahrhunderten zu sehen; die vielen verschiedenen farbenfrohen Trachten, Seidenstickereien, Teppiche und Wandbehänge mit nationalen Motiven, aber auch typisch albanische Wohnungseinrichtungen, die mich in ihrer Farbenpracht besonders beeindruckt haben. Weiterhin fand für alle Teilnehmer des Ethnographischen Kongresses ein Konzert des Staatsensembles der Volkslieder und Tänze statt. Schließlich hatte ich noch Gelegenheit zusammen mit anderen ausländischen Gästen, in einer 4-tägigen Reise, Albanien näher kennenzulernen.

„Roter Morgen": Was war insgesamt dein wichtigster Eindruck von dieser Konferenz?

Vertreter der GFA: Einmal die Tatsache, daß Volkskultur nicht wie bei uns das Anliegen einiger Professoren und Liebhaber ist, sondern eine wichtige Staatsangelegenheit, eben deshalb weil in Albanien die Volkskultur die Kultur eines Volkes ist, das die politische Macht hat und nicht wie bei uns unterdrückt wird. Dann aber auch die für mich neue Erfahrung, daß die albanische Volkskunde — und mit ihr die albanische Kultur — auch im Ausland Anerkennung gefunden hat. Es waren neben chinesischen Wissenschaftlern auch zahlreiche europäische Gäste eingeladen, die ausnahmslos der Konferenz ihre Anerkennung aussprachen. Ein anderer wichtiger Eindruck war die herzliche Gastfreundschaft, mit der wir Gäste in Albanien aufgenommen wurde.

„Roter Morgen": Wir danken dir für das Gespräch.

Vom Aufbau des Sozialismus

ERHOLSAME FERIEN FÜR DIE ALBANISCHEN WERKTÄTIGEN

Ob und wie man in den kapitalistischen Ländern Urlaub machen kann, ist in erster Linie eine Geldfrage. Viele Werktätige, Arbeitslose und kinderreiche Familien können sich jahrelang keinen Urlaub leisten. Und selbst wer drei oder vier Wochen lang von zu Hause fortfahren kann, hat keine Garantie für erholsame Ferientage, denn für die Touristikindustrie ist der Urlaub in erster Linie ein Geschäft. Überfüllte Strände, schlecht gebaute Hotels, überhöhte Preise können die schönsten Urlaubsfreuden verderben.

Anders in der VR Albanien. Hier sorgt der sozialistische Staat auch dafür, daß die Werktätigen, die hart gearbeitet haben, sich in ihrem Jahresurlaub richtig erholen können. Auch die Kinder und Jugendlichen erleben, weitgehend auf Staatskosten, gesunde Schulferien.

Der sozialistische Staat hat an den schönsten und klimatisch günstigsten Orten Ferienheime, Hotels und Touristenzentren eingerichtet. Am Strand von Durres beispielsweise gibt es eine ganze Ferienstadt, neben vielen gutausgestatteten Hotels, wo die Werktätigen mit ihren Familien im Urlaub wohnen können. Auch die Betriebe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften und Schulen haben in jedem Bezirk für die Kinder der Arbeiterklasse Tagesaufenthaltsmöglichkeiten geschaffen.

Den Großteil der Ausgaben dafür trägt der Staat. So muß ein albanischer Arbeiter, der 21 Tage Urlaub im Jahr bekommt, nur ein Viertel der Urlaubskosten bezahlen, wenn er im Sommer in Ferien fährt und in der übrigen Zeit sogar nur ein Fünftel. Den Rest bezahlt der Staat. Für den Ferienaufenthalt der Kinder bezahlen die Eltern nur ein Fünftel der tatsächlichen Kosten. Der Staat bringt Millionen Lek auf für die Erholung der Werktätigen und baut das Netz an Urlaubszentren mit jedem Fünfjahresplan weiter aus. Diese Zentren sind mit allem Komfort versehen, damit die Arbeiter und ihre Familien einen angenehmen Aufenthalt haben. Es gibt Bibliotheken, Filmvorführungen, Fernsehräume, Musikinstrumente, Sportplätze, Kinderspielplätze usw.

Gleichzeitig werden eine ganze Reihe Aktivitäten durchgeführt, — besonders für die Kinder — , die der patriotischen und revolutionären Erziehung dienen. Es gibt Museumsbesuche, Treffen mit Veteranen des nationalen Befreiungskampfes, mit Helden der sozialistischen Arbeit, Besuche von Großbetrieben, Kultur- und Kunstveranstaltungen. So hat jeder albanische Werktätige die Möglichkeit, einen erholsamen, angenehmen, lehrreichen Urlaub zu verleben.

DIE VOLKSWIRTSCHAFT WIRD VON JAHR ZU JAHR SELBSTÄNDIGER UND STABILER

Aufgrund der rasch anwachsenden Produktion, hat die VR Albanien in den letzten Jahren ihren Export erheblich erweitern können. Dabei geht die Regierung der VR Albanien immer davon aus, daß an erster Stelle die Befriedigung der Bedürfnisse der albanischen Werktätigen selbst steht, daß also nur Überschüsse exportiert werden, und daß auch der Export der Selbständigkeit der albanischen Wirtschaft dienen muß. So werden in erster Linie Fertigwaren und Halbfertigwaren ausgeführt. Albanien exportiert Erze, Erzkondensate, Kupferdrähte, Produkte der chemischen Industrie, Baumaterialien, Textilien, Strick- und Wirkwaren, Konserven und weitere Produkte vor allem der Leicht- und Lebensmittelindustrie. Daneben werden auch landwirtschaftliche Erzeugnisse, Kunsthandwerksartikel, Heilpflanzen und anderes ausgeführt. Der Export während der Zeit des 5. Fünfjahresplans lag um 63% höher als während des 4. Fünfjahresplans und wurde während des laufenden Planes noch weiter erhöht. Ein großer Erfolg für das albanische Volk ist der Export von Elektroenergie. In nächster Zeit wird auch die Ausfuhr von Produkten des Stahlwerkes in Elbasan hinzukommen.

Die albanischen Waren sind in aller Welt vertreten und wegen ihrer hohen Qualität überall beliebt und begehrt. Einige Dutzend Betriebe, Fabriken und Kombinate produzieren für den Export.

Gleichzeitig ist die albanische Volkswirtschaft darauf bedacht, immer unabhängiger vom Import zu werden und so die Selbständigkeit der Wirtschaft zu erhöhen. Immer mehr Artikel, Werkzeuge, Maschinen und Gegenstände des täglichen Bedarfs werden im Land selbst hergestellt. So kommt es, daß Albanien keinerlei Schulden an das kapitalistische Ausland hat, und daß die Einnahmen aus dem Export verwendet werden können zum Ausbau und zur Verbesserung der Volkswirtschaft.

Mit Einschüchterung und Bestechung

Bundeskriminalamt sucht Spitzel und Denunzianten

Eine angeblich „völlig neue" Methode der Verbrechensbekämpfung hat das Bundeskriminalamt eingeführt: Es will sich in Zukunft mehr „auf die Bevölkerung" stützen! Mit der Verteilung übelster Hetzblätter gegen den „Terrorismus" und einem Propagandabus, in dem die Bevölkerung angeblich „hinter die Kulissen" der Polizei sehen kann, versucht die Polizei sich beim Volk beliebter zu machen, gleichzeitig aber auch die Menschen einzuschüchtern und neue Spitzel und Agenten anzuwerben.

Die Kampagne begann in Westberlin, unmittelbar nach der Verhaftung Monika Berberichs. Ein Polizeibus mit aufgeklebten Fahndungsfotos und einer Schaufensterpuppe, die als „Monika Berberich" verkleidet war, fuhr durch die Berliner Straßen. Polizisten klingelten bei den Menschen, hielten ihnen eine zweite präparierte Puppe vor und fragten, ob sie nichts über den Aufenthaltsort der drei anderen Frauen wüßten, die aus dem Gefängnis geflohen waren. Jetzt reist ein ähnlicher Bus durchs Ruhrgebiet. Er soll demonstrieren, wie perfekt die Polizei arbeitet: Mit „Kommissar Computer" und Spezialisten aller Art, mit mobilen Einsatzkommandos und Bundesgrenzschutz, mit Schuß- und chemischen Waffen. Jeder soll sich davon überzeugen: Der Polizei entgeht keiner!

Tatsache ist, daß dieser so perfekt gerüsteten Polizei immer mehr wirkliche Verbrecher entgehen. „Mehr Polizei, mehr Verbrechen", schrieben wir kürzlich im „Roten Morgen" und haben das anhand von Statistiken bewiesen. **Denken wir nur einmal an den Fall des Duisburger Massenmörders Kroll! Jahrelang war es der Polizei nicht gelungen, den Mörder von Kindern und Jugendlichen zu finden, geschweige denn, diesen Morden Einhalt zu gebieten. Wer hörte denn davon, daß hier, zur Fahndung eines wirklichen Massenmörders, der Menschen aus dem Volk, unschuldige Kinder bestialisch ermordete, Spezialeinheiten, MEKs, hochwertige Spezialisten oder Computer eingesetzt worden wären?**

Aber zum Schutz der Bevölkerung ist die Polizei in einem kapitalistischen Land auch nicht da. Sie ist da zur Einschüchterung und Unterdrückung des Volkes, das können die schönsten Beteuerungen des Bundeskriminalamtes nicht vertuschen. „Für die Polizei geht es darum, wieder einen engeren und vertrauensvolleren Kontakt zum Bürger zu gewinnen", heißt es da zum Beispiel als Begründung dafür, daß das Polizistenheer in Nordrhein-



Nach der Festnahme von Monika Berberich fuhr ein Lautsprecherwagen der Polizei mit großen Fahndungsphotos durch die Stadt. Vorne am Wagen eine Puppe mit der Bekleidung, die Monika Berberich bei ihrer Festnahme trug.

Westfalen in nächster Zeit beträchtlich verstärkt werden soll. Wie dieser „vertrauensvolle Kontakt zum Bürger" aussah, darüber schweigt das BKA auf seiner Rundreise tunlichst: Demonstrationen wurden zusammengeknüppelt, Streikende niedergeschlagen, Hunderte Menschen auf der Straße und in Polizeirevieren brutal mißhandelt, Dutzende wehrloser Menschen erschossen, Millionen bespitzelt.

Diese Rundreise, die die Polizei beliebter machen soll, ist in Wirklichkeit eine massive Einschüchterungskampagne. Gleichzeitig soll sie unter dem Deckmäntelchen der „Terroristenbekämpfung" Stimmung gegen die Kommunisten und jede revolutionäre Aktion machen und der Polizei neue Spitzel rekrutieren. Denn die Appelle des BKA zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Polizei" sind in Wirklichkeit nur eine Aufforderung zum Denunziantentum und der Versuch, einige Lumpen zu kaufen. Gerade das Beispiel der Verhaftung Monika Berberichs hat ja gezeigt, daß von einer solchen „vertrauensvollen Zusammenarbeit" keine Rede sein kann. Angeblich, so behauptet die Polizei, wäre diese Verhaftung ohne die Aufmerksamkeit und Kollaboration der Westberliner Bevölkerung nicht möglich gewesen. **In Wirklichkeit sind die etwa 1 500 Hinweise aus der Bevölkerung, mit denen die Polizei aufwartet, in einer Millionenstadt wie Westberlin mehr als dürftig und zeigen genau das Gegenteil, was sie beweisen sollen: daß das Volk eben nicht mit der Polizei zusammenarbeiten will. Zudem hatte die Polizei eine höhere Belohnung ausgesetzt denn je – 50 000 DM pro Kopf. Schon das zeigt, auf wen sie in Wirklichkeit spekuliert: auf Lumpenproletarier und andere käufliche Elemente. Mit ihnen versuchen BKA und Verfassungsschutz, ihr Netz von Schnüfflern noch zu vergrößern, um das Volk besser kontrollieren zu können. Diese Rundreise ist nichts anderes als eine Provokation, der es entgegenzutreten gilt.**

Für vier türkische Patrioten politisches Asyl erkämpft

Die vier türkischen Patrioten, denen in Köln der Prozeß gemacht worden war, erhielten jetzt vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge das Recht auf Asyl. Ö. Özerturgut, M. Tutgun, H. Yourtas und Y. Ugurlu hatten seit ihrer Verurteilung durch den Richter Somoskeoy in Köln damit rechnen müssen, jeden Tag abgeschoben zu werden. Ihre Anerkennung als politische Flüchtlinge ist ein Erfolg der breiten Solidaritätsbewegung.

In seiner Begründung für die Anerkennung auf Asyl muß der betreffende Ausschuß zugeben, daß die immer wieder angedrohte Ausweisung der türkischen Patrioten für sie schwerwiegende Verfolgungsmaßnahmen bedeutet hätte. In einer Pressemitteilung der Rechtsanwälte der beiden türkischen Patrioten heißt es dazu: „Der Anerkennungsausschuß war daher zu der Überzeugung gelangt, daß die Anerkannten im Falle einer Rückkehr in ihre Heimat eine unangemessen harte Freiheitsstrafe und weitere – jetzt noch nicht absehbare – schwerwiegende Verfolgungsmaßnahmen drohen, die ihrer politischen Überzeugung gelten."

Das gilt heute mehr denn je. Denn zu den Anklagen, die bereits früher gegen die türkischen Patrioten eingeleitet wurden, kam – aufgrund des Prozesses in Köln – eine neue Anklage wegen Mitgliedschaft in der, vom türkischen Regime verbotenen, türkischen Arbeiter- und Bauernpartei hinzu.

Gegen den Anerkennungsbescheid auf Asylrecht kann vom Bundesbeauftragten für Asylangelegenheiten noch bis zum 23.8.76 Widerspruch eingelegt werden. Selbst wenn das aber nicht geschehen sollte, ist die Gefahr einer Abschiebung für M. Tutgun und Ö. Özerturgut noch nicht endgültig beseitigt. Das reaktionäre Ausländergesetz sieht ausdrücklich vor, daß bei Ausländern, die „aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit" der Bundesrepublik anzusehen sind, eine Abschiebung doch noch möglich ist.

Luxemburg

Protest gegen Faschisierung in der Bundesrepublik

Wie üblich war auch in diesem Jahr der deutsche Botschafter in Luxemburg in die dortige Cours Universitaires gekommen, um an die besten Deutschschüler einen Preis zu verleihen. In diesem Jahr nahm die übliche Feierstunde allerdings einen für den Botschafter ziemlich unangenehmen Ausgang.

Die Rede, die in diesem Jahr eine Deutschschülerin hielt, war nämlich nicht die erwartete Lobesrede auf die Bundesrepublik, sondern ein scharfer Protest gegen die politische Unterdrückung hier. Es wurde ausdrücklich gegen die Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit durch den Paragraphen 90a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik) und gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz protestiert sowie auch gegen das gerade jetzt vom Bundesrat verabschiedete sogenannte „Antiterroristengesetz". Gleichzeitig verurteilte die Rednerin den Radikalenerlaß und die Berufsverbotspraxis in der Bundesrepublik.

Dem Botschafter der Bundesrepublik, Meyer-Lahse, war das zuviel. Er sprang von seinem Platz auf, schimpfte gegen die „deutschfeindliche" Hetze. Begründung: in der Bundesrepublik gäbe es keine Berufsverbote. Wie zu hören war, stand der Botschafter mit dieser Behauptung auf ziemlich verlorenem Posten. Noch nicht einmal die bürgerliche luxemburgische Presse, die in den nächsten Tagen diesen Zwischenfall vertuschen wollte, wagte es, solche faustdicken Lügen nachzudrucken.

Schreibt den Genossen in Haft an folgende Adressen

Sascha Haschemi
Hindenburgring
8910 Landsberg

Heinz Baron
Gartenstr. 26
44 Münster, JVA



BUXTEHUDE

In einer ganzen Serie von Terrorurteilen gingen die Gerichte in Buxtehude in letzter Zeit gegen Revolutionäre vor. Schon vor längerer Zeit hatten sie einen fortschrittlichen Studenten zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten ohne Bewährung verurteilt, weil er angeblich während einer Auseinandersetzung bei einer NPD-Kundgebung einen Polizisten niedergeschlagen haben soll. Obwohl auch bei der Berufungsverhandlung, die im Juli stattfand, kein einziger Zeuge außer dem betroffenen Polizisten gegen den Studenten aussagte, wurde das Urteil nicht aufgehoben, sondern lediglich zur Bewährung ausgesetzt. Mehrere Zeugen, die die Lügen des Polizeizeugen nachwiesen, wurden nicht nur übel vom Richter beschimpft, sondern erhielten in der Zwischenzeit sogar eine Anzeige wegen „Meineides".

Ein weiterer Genosse wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil er angeblich einen stadtbekannten Faschisten geschlagen haben soll. Der Genosse erhielt in der Zwischenzeit eine weitere Anzeige wegen „Diebstahls". Angeblich hat er diesem Faschisten Flugblätter gestohlen – obwohl er nachweislich zur fraglichen Zeit gar nicht in Buxtehude war. Wegen Körperverletzung und Diebstahl bei der gleichen Kundgebung soll demnächst noch ein dritter Genosse vor Gericht gezerrt werden.

KÖLN

Die Urteile, von drei bis siebeneinhalb Monaten Gefängnis gegen sieben Kölner Antifaschisten, die 1973 in Köln-Nippes NPD-Faschisten gewaltsam an ihrer Propaganda gehindert hatten, sind rechtskräftig! Der Bundesgerichtshof lehnte eine Revision der Verfahren ab. Sechs der Genossen und Freunde sollen ihre Strafe bereits in kurzer Zeit antreten. Der 7. Angeklagte, Paul Pittam, wurde nach England ausgewiesen.

DUISBURG

Nachdem auch die zweite Anzeige der Genossin Rotraut Routhier gegen die Polizisten, die Genossen Günter Routhier so schwer mißhandelten, daß er starb, von der Duisburger Polizei abgelehnt worden war, hat nun der Rechtsanwalt der Genossin einen Klageerzwingungsantrag gestellt.

KARLSRUHE/DUISBURG

Ein Erfolg im Kampf gegen die Routhier-Prozesse ist die Entscheidung des Bundesgerichtshofes über einen Revisionsantrag zweier Genossen. Die beiden sollen Flugblätter zum Mord an Günter Routhier verteilt haben und waren dafür zu vier bzw. sechs Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden. Der BGH hob diese Urteile inzwischen auf. In der Begründung heißt es u.a.: „Für den Grad des Schuldvorwurfs, der den Angeklagten zu machen ist, und damit für das Maß der Strafwürdigkeit kann es durchaus von Bedeutung sein, ob der später verstorbene Günter Routhier der behaupteten Gewalteinwirkung durch Polizeibeamte ausgesetzt war und ob diese, trotz wiederholter Warnung seitens des Zeugen, des Sohnes von Günter Routhier, sein Vater sei Bluter, die behauptete Mißhandlung fortgesetzt haben." Damit weist der BGH die in letzter Zeit häufig verwendete „Urteilsbegründung" in Routhier-Prozessen zurück, für den Strafbestand der „Beleidigung der Polizei" sei es unerheblich, ob Günter Routhier von Polizisten zusammengeschlagen wurde oder nicht.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

WIESBADEN

In einem Berufungsprozeß wurden drei Genossen in Wiesbaden zu 150 bzw. 75 DM verurteilt, weil sie im vergangenen Jahr Propagandastände der NPD zerstört haben sollen. Das Gericht stützte sich ausschließlich auf Aussagen von Polizeizeugen und erklärte, die Propaganda der NPD müsse geschützt werden. Die Genossen der Ortsgruppe Wiesbaden führten gemeinsam mit der RHD und der Liga gegen den Imperialismus den Kampf gegen diesen Prozeß und führten u.a. auch eine kleine Veranstaltung durch.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

REVOLUTIONÄRE AGITATION AUF DEM FLOHMARKT VERTEIDIGT

Einmal im Monat findet in Mainz ein Flohmarkt statt, auf dem bisher auch immer kommunistische und revolutionäre Organisationen ihre Stände aufgebaut hatten. Nun verabschiedete der Stadtrat jedoch eine neue Marktordnung, die das Aufstellen von politischen Ständen verbietet.

Die KPD/ML, die RHD und verschiedene revolutionäre Organisationen beschlossen, dieses Verbot der Agitation und Propaganda auf dem Flohmarkt nicht hinzunehmen und es zu durchbrechen. Beim nächsten Markt, am 11.7., machten wir verstärkt Agitation, zusammen mit der GRF(KPD) und dem KBW wurde eine Kurzkundgebung gegen die politische Disziplinierung durch die neue Marktordnung und gegen die allgemeine Faschisierung durchgeführt. Angesichts der zahlreichen Menschen, die der Kundgebung zuhörten und sich anschließend an Diskussionen beteiligten, wagte die Polizei zunächst nicht einzugreifen.

Erst als der Flohmarkt seinem Ende zuging und eine Reihe von Ständen schon abgebaut waren, machten die Vertreter des Ordnungsamtes und die Polizei einen Vorstoß und vergriffen sich an einer Stelltafel. Sofort bildete sich eine große Menschentraube, um die Vertreter der „Staatsgewalt". Der Vertreter des Ordnungsamtes fuchtelte nur dauernd mit einem Exemplar der Marktordnung herum, während ein Polizist zunächst sehr frech auftrat und offen erklärte, solange er Uniform trüge, könne er machen, was er wolle. Die Katze ließ er aus dem Sack, als er sagte, Hitler müsse wieder her.

Dies brachte die umstehenden Menschen so gegen ihn auf, daß er immer kleiner wurde und schließlich samt dem Vertreter des Ordnungsamtes von dannen zog. Vorher kündigte er noch an, dies sei garantiert das letzte Mal, daß wir auf dem Flohmarkt seien. Nun, es wird gewiß nicht das letzte Mal sein und beim nächsten Flohmarkt werden wir einen noch besseren Einsatz durchführen.

Rotfront
Genossen aus Mainz

ERPRESSUNG MIT KÜNDIGUNGSDROHUNGEN

Kürzlich hörte ich von einem Beispiel von Wucher mit Wohnungen, das relativ häufig ist:

Als die verschiedenen Bergwerke der Ruhrkohle AG zusammengelegt wurden, stießen sie vorher alle „unrentablen" Teile ab, darunter auch die Bergmannssiedlungen, Zechenhäuser usw. So war es auch in Bergkamen. Makler Kausen, der für Dr. Oetker Wohnungen und Siedlungen kauft, erwarb die Häuser für billiges Geld. Jetzt bietet er sie den Bewohnern zum Kauf an. Das sind die Bedingungen: Ein halbes Haus soll 120 000 DM kosten. Will man nur die Wohnung kaufen, in der man schon jahrzehntelang billig gewohnt hat, muß man 65 000 DM auf den Tisch legen. Da die betreffenden Häuser schon 25 Jahre alt, nie richtig renoviert worden sind und infolge der Bergschäden immer weiter verfallen, müssen die Bewohner dann noch hohe Reparaturkosten aufbringen, wenn sie ein Haus kaufen wollen. Die Schäden an den Häusern sind schon sehr groß, manche Bewohner können ihre Fenster nicht mehr öffnen und schließen, die Türen sind verzogen, oft klirrt das Geschirr im Schrank, wenn sich ein Teil des Hauses senkt. Von außen sehen die Häuser aus, als wären sie von einem Erdbeben beschädigt und haben oft breite Risse vom Dach bis zum Boden.

Kaufen die Bewohner ihre Wohnungen jedoch nicht, dann laufen sie Gefahr, bald hinausgeworfen zu werden. Können sie das viele Geld zum Kauf des Hauses aufbringen, erwarten sie noch zusätzlich hohe Renovierungskosten. Denn die Reparatur von Bergschäden bis zu 10 000 DM müssen die Hausbesitzer selbst zahlen, erst was darüber liegt, wird von der Ruhrkohle AG bezahlt.

Rotfront
ein Genosse aus Bremen

10 Jahre Grosse Proletarische Kulturrevolution

Fortsetzung von Seite 1

Es ist daher kein Wunder, daß die Imperialisten und modernen Revisionisten vom Schlage Breschnews und Co. von Anfang an wütend gegen die Große Proletarische Kulturrevolution auftraten. In China, so hetzten sie, sei angeblich das „Chaos" ausgebrochen, hätten sich die Massen gegen die Partei erhoben. Und die modernen Revisionisten verleumdeten die Große Proletarische Kulturrevolution sogar als eine „unglaubliche Tragödie" für das chinesische Volk.

Die Bourgeoisie versucht die Diktatur des Proletariats zu stürzen

„Die Große Proletarische Kulturrevolution", erklärte Genosse Mao Tsetung, „ist absolut notwendig und wird genau zur rechten Zeit durchgeführt, um die Diktatur des Proletariats zu festigen, die Restauration des Kapitalismus zu verhüten und den Sozialismus aufzubauen."

Mit dem Sturz der alten Ausbeuterklassen in der Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats ist der Klassenkampf nicht beendet. Er dauert in der ganzen Geschichtsperiode des Sozialismus weiter an. Die Herrschaft der alten Ausbeuterklassen ist zwar gebrochen, aber sie existieren noch und versuchen mit allen Mitteln, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und die verlorene Macht zurückzuerobern. Sie werden dabei in jeder erdenklichen Weise von den ausländischen Imperialisten unterstützt und können sich auf die Macht der Gewohnheit stützen, das Erbe jahrtausendelanger Unterdrückung und Ausbeutung der werktätigen Massen. Als Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Kommunismus ist der Sozialismus mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet. Das Prinzip „jedem nach seiner Leistung", nach dem die Verteilung geregelt wird, bewirkt Ungleichheiten wie z.B. die Existenz verschiedener Lohnstufen. Es existieren weiter Unterschiede zwischen Stadt und Land und zwischen Hand- und Kopfarbeit. Alle diese Erscheinungen können nicht mit einem Schlag beseitigt werden, ebensowenig wie die Kleinproduktion, die vor allem auf dem Land noch eine ganze Zeit lang weiterbesteht und, wie schon Lenin feststellte, „unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie erzeugt."

Das ist der Nährboden, auf dem eine neue Bourgeoisie entstehen kann und auch tatsächlich entsteht. Die Vertreter der gestürzten Ausbeuterklassen und der neuen Bourgeoisie kämpfen für die Wiedererrichtung des Kapitalismus, sie wollen der Arbeiterklasse und den breiten werktätigen Massen die politische Macht entreißen, um sie zu unterdrücken. Solche Leute waren und sind die modernen Revisionisten, die, als Marxisten-Leninisten getarnt, die Festung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion und den meisten ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas von innen genommen haben.

Auch in China hatten die modernen Revisionisten mit Liu Schao-tschi an der Spitze bereits einen Teil der Macht in der Partei und im Staat an sich gerissen. Um das Proletariat einzuschläfern und seine Wachsamkeit zu vermindern, behaupteten sie, in China sei der Klassenkampf bereits eingeschlafen. Gleichzeitig kämpften sie aber wie wahnsinnig gegen die Diktatur des Proletariats und versuchten, die sozialistischen Errungenschaften rückgängig zu machen. So hatte Liu Schao-tschi bereits zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften zur Auflösung gezwungen. Die Revisionisten hatten sich besonders in den Institutionen für die Kultur, angefangen vom Kulturministerium bis hin zu den Rundfunkstationen und Zeitungen festgesetzt, weil sie hier einen besonders günstigen Nährboden für ihre konterrevolutionäre Arbeit vorfanden. Für die Revisionisten war es lebensnotwendig, konterrevolutionäre Agitation und Propaganda zu treiben, eine öffentliche Meinung zu schaffen, um für den Sturz der Diktatur des Proletariats günstige Bedingungen zu schaffen.

So war die von den kapitalistischen Machthabern in der Partei beherrschte Literatur und Kunst so bürgerlich, daß Genosse Mao Tsetung vorschlug, das Kulturministerium „einfach in Ministerium für Kaiser, Könige, Generäle und Kanzler, in Ministerium für junge Gelehrte und anmutige Schönheiten oder Ministerium für tote Ausländer" umzubenennen.

Das Gesundheitsministerium, das von der revisionistischen Linie Liu Schao-tschis beherrscht wurde, ließ die ausgebildeten Ärzte in den Städten und vernachlässigte die medizinische Versorgung der Dörfer völlig. Es wurde daher auch „Gesundheitsministerium für städtische Herrschaften" genannt. Im Erziehungswesen hatte sich die revisionistische Linie Liu Schao-tschis 17 Jahre lang durchgesetzt. Die Kinder der Arbeiter und Bauern wurden benachteiligt, vielen von ihnen der Zugang zu den Hochschulen und Universitäten verweigert. In den Universitäten und Hochschulen stand der Klassenkampf nicht im Mittelpunkt der Erziehung. Die Schüler und Studenten paukten reines Wissen, das völlig beziehungslos zu den Problemen der breiten Massen und für den Aufbau des Sozialismus war. Statt Begeisterung für das Lernen und bewußte Disziplin durch die ideologische Erziehung zu schaffen, wurde mit Hilfe von Druck, Noten und Zeugnissen gearbeitet. Die Revisionisten wollten keine Revolutionäre erziehen, die sich in den Dienst der Sache des Volkes stellen, sondern Beamte und Pöstchenjäger, die nach einem guten Job streben und die breiten Massen verachten und die körperliche Arbeit verabscheuen.

Wie ernst die Situation bereits war, zeigt folgende Erklärung des Genossen Mao Tsetung: „Offensichtlich ging es nicht mehr ohne die Durchführung der Großen Proletarischen Kulturrevolution, denn unsere Basis war nicht solide. Nach meiner Beobachtung gab es wahrscheinlich eine beträchtliche Mehrheit von Betrieben — ich spreche nicht von der Gesamtheit, auch nicht von der überwältigenden Mehrheit —, in denen die Führung nicht in der Hand der wahren Marxisten und der Arbeitermassen lag."

Ein Kampf auf Leben und Tod

Ohne die Große Proletarische Kulturrevolution wäre es nach nicht allzu langer Zeit unvermeidlich zu einer Wiederherstellung des Kapitalismus in China gekommen, wäre die Diktatur des Proletariats gestürzt worden, hätte die Kommunistische Partei Chinas die Farbe gewechselt und wäre zu einer revisionistischen Partei entartet. Die Große Proletarische Kulturrevolution war ein Kampf auf Leben und Tod zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie. Die Revisionisten und die kapitalistischen Machthaber in der Partei und im Staat konnten aus ihren Stellungen nur vertrieben werden, indem die breiten Massen des chinesischen Volkes unter der Führung der kommunistischen Partei, gewappnet mit dem Marxismus-Leninismus, sich erhoben und zum Kampf gegen ihre Feinde antraten.

Gerade das aber fürchtete die revisionistische Clique um Liu Schao-tschi am meisten. Sie predigte, daß der Klassenkampf bereits erloschen sei, und versuchte mit allen Mitteln, die Massen vom Kampf abzuhalten, um ihren revolutionären Elan zu bremsen. Sie behaupteten, der Kampf der Massen sei das „Chaos", bringe Unordnung und gefährde den sozialistischen Aufbau. In dem Beschluß des Zentralkomitees der KP Chinas über die Große Proletarische Kulturrevolution, der am 8. August 1966 angenommen wurde, wird deshalb betont:

„Der Ausgang dieser großen Kulturrevolution wird davon bestimmt sein, ob die Parteiführung es wagt oder nicht, kühn die Massen zu mobilisieren. . . . In der Großen Proletarischen Kulturrevolution kann man die Massen nur sich selbst befreien lassen, und die Methode, in allem für sie handeln darf nicht angewandt werden.

Vertraut den Massen, stützt euch auf sie und respektiert ihre Initiative! Befreit euch von der Furcht! Habt keine Angst vor Unordnung! Vorsitzender Mao hat uns oft gesagt, daß eine Revolution nicht so fein, so maßvoll, gesittet, höflich, zurückhaltend und großherzig durchgeführt werden kann."

Unter der Parole **„Rebellion gegen die Reaktionäre ist berechtigt!"** begann im ganzen Land der Kampf, an dem sich hunderte Millionen von Menschen beteiligten. Überall wurden Wandzeitungen geschrieben, die die reaktionäre bürgerliche Ideologie verurteilten und Gruppen von Rotgardisten bildeten sich. Indem sich die Partei auf die breiten Massen stützte und sie zum Kampf gegen die Restauration des Kapitalismus aufrief, wurde im ganzen Land die revisionistische Linie zurückgewiesen, eroberte sich die Arbeiterklasse unter der Führung ihrer Partei den Teil der Macht, den die Revisionisten an sich gerissen hatten, zurück. In den Fabriken entstanden Revolutionskomitees. Die Massen kritisierten diejenigen, die Fehler begangen hatten und verurteilten die Handvoll feindlicher Elemente. Die Parteiorganisationen wurden ausgerichtet, die Verwaltungsstruktur vereinfacht, unvernünftige und überflüßige Regeln und Vorschriften wurden abgeschafft und Büroangestellte für ihren Einsatz auf unterer Ebene freigesetzt. Überall wurde kontrolliert, ob das, was getan wird, tatsächlich den breiten Volksmassen dient oder nur einer kleinen Oberschicht für ihre eigennützigen Ziele zugute kommt. Im Sturm dieser politischenRevolution fegten die Massen Ideen wie „den Profit an die erste Stelle setzen", „sich bei der Leitung von Unternehmen auf die Fachleute stützen", „die Philosophie des Anbetens alles Ausländischen" usw. hinweg.

Im Vertrauen auf die eigenen Kräfte und im harten Kampf schafften sie, was die Revisionisten immer als undurchführbar bezeichnet hatten: neue Werke, wie den Kanal „Rote Fahne" im Kreis Lin oder die Nanking-Brücke. Durch die revolutionäre Initiative und den sozialistischen Enthusiasmus wurde die Produktion im ganzen Land gesteigert und die wissenschaftlich-technische Entwicklung ungeheuer vorangetrieben.

Arbeiter der Pekinger Vinylfabrik halten eine Versammlung zur Verurteilung der Theorien Liu Schao-tschis ab. Sie haben, gestützt auf ihre eigene Schöpferkraft in den letzten Jahren über 100 technische Neuerungen eingeführt und die Eigenproduktion von Grundausrüstung der Fabrik, die bisher zu 50% importiert wurde, erhöht.

Im Gesundheitswesen wurde die ärztliche Versorgung der Dörfer an die erste Stelle gesetzt und die Bewegung zur Schaffung von „Barfußärzten" ins Leben gerufen. Das sind Arbeiter und Bauern, die sich nicht von der körperlichen Arbeit trennen, aber eine medizinische Ausbildung erhalten, damit sie am Arbeitsplatz und vor allem in den Dörfern sofort Krankheiten erkennen und die meisten auch behandeln können. Die bisher von den „Autoritäten" verachtete traditionelle chinesische Medizin, die sich auf die jahrtausendealten Erkenntnisse und Erfahrungen des Volkes stützt, nahm einen gewaltigen Aufschwung, wie das Beispiel der Akupunktur zeigt.



Genosse Mao Tsetung

In der Kulturrevolution eroberte die Arbeiterklasse Kunst und Literatur. In den Schulen und Universitäten übernahmen Arbeiterpropagandatrupps die Leitung. Die Schulzeit wurde verkürzt und der Inhalt der Lehre auf das ausgerichtet, was den Volksmassen und dem Aufbau des Sozialismus wirklich diente.

Heute werden die Jugendlichen erst dann auf eine Universität zugelassen, wenn sie mindestens zwei Jahre in der Fabrik oder auf dem Land gearbeitet haben. Dort werden sie von den Arbeitern und Bauern für den Universitätsbereich ausgesucht, wobei ihre politische Haltung das entscheidende Kriterium ist. Seit der Kulturrevolution können auch Arbeiter und Bauern auf die Universität gehen, die nicht die höhere Stufe der Mittelschule abgeschlossen haben. Neue Formen des Unterrichts wurden eingeführt, und die Schüler beteiligen sich am Klassenkampf, am Produktionskampf und dem wissenschaftlichen Experimentieren. Nach dem Abschluß ihrer Ausbildung gehen Millionen von Jugendlichen mit höherer Schulbildung aufs Land, um dort für den Aufbau des Sozialismus und die Verringerung des Unterschiedes zwischen Stadt und Land zu kämpfen. Sie lernen, dem Volk zu dienen und ihr Wissen nicht als Kapital anzusehen, das ihnen einen feinen ruhigen Job auf Kosten der breiten Massen sichert.

Die Partei hat die Führung inne

All dies mußte im harten Klassenkampf gegen die Revisionisten errungen werden, in einem Kampf, der sehr scharf war, der sich nicht gradlinig entwickelte, sondern in dem es Zickzackwege und Rückschläge gab. Die Vertreter der Bourgeoisie wehrten sich verzweifelt gegen ihren Untergang. In diesem scharfen Klassenkampf traten neue revolutionäre Kämpfer hervor. Frisches Blut aus den Reihen dieser Kämpfer, insbesondere aus dem Proletariat, wurden in die Partei aufgenommen. Diese neuen Parteimitglieder, die aus den Reihen der revolutionären Massen hervorgegangen waren, bleiben eng mit ihnen verbunden, halten am Klassenkampf fest und stehen in der vordersten Front im Kampf gegen den Revisionismus. Andererseits wurden im Kampf zweier Linien Renegaten, Geheimagenten und Konterrevolutionäre, die sich in die Partei eingeschlichen hatten, aus ihren Reihen entfernt. Müdegewordenen, deren revolutionärer Elan erschlafft war, wurde der Austritt aus der Partei geraten.

So ging auch die Partei gestärkt aus der Kulturrevolution hervor.

Die Kulturrevolution stand von Anfang an unter der Führung der Partei, ohne die der Sieg in der Kulturrevolution nicht hätte errungen werden können. Auch für die Kulturrevolution galt: **„Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre Partei, die gemäß der revolutionären Theorie und dem revolutionären Stil des Marxismus-Leninismus aufgebaut ist, ist es unmöglich, die Arbeiterklasse und die breiten Volksmassen zum Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien zu führen." (Mao Tsetung)**

Die Partei leitete den Kampf der Massen und mobilisierte sie gleichzeitig dazu, den Marxismus-Leninismus zu studieren, um besser Richtiges von Falschem unterscheiden zu können, den Revisionismus allseitig entlarven zu können, um im Kampf nicht die Orientierung zu verlieren und die Bourgeoisie allseitig und gründlich kritisieren zu können.

Im Verlauf der Kulturrevolution zerschlugen die chinesischen Volksmassen unter Führung der kommunistischen Partei nacheinander die revisionistischen, bürgerlichen Hauptquartiere Liu Schao-tschis und Lin Biaos. Die Diktatur des Proletariats wurde gefestigt und das Antlitz Chinas gewaltig verändert. Das ist allerdings für die Imperialisten und Revisionisten eine „unglaubliche Tragödie".

Die Große Proletarische Kulturrevolution begann vor zehn Jahren. Das Auftreten des kapitalistischen Machthabers Deng Hsiao-ping zeigte, daß der Klassenkampf mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution nicht beendet war. Die Bourgeoisie, die alte und die neu entstandene, gibt sich nicht freiwillig geschlagen und versucht immer noch, die Diktatur des Proletariats zu stürzen. Nach wie vor ist deshalb das Anpacken des Klassenkampfes das Hauptkettenglied, um die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu Ende zu führen.

Mao Tsetung sagte: „Wird in 100 Jahren Revolution nötig sein? Wird auch noch in 1 000 Jahren Revolution nötig sein? Revolution ist immer notwendig: Sollten in 10 000 Jahren keine Widersprüche mehr zu sehen sein? Wieso nicht? Immer noch werden welche zu sehen sein." Das chinesische Volk wird auf dem Weg der Großen Proletarischen Kulturrevolution vorwärtsschreiten, am Klassenkampf festhalten und die Revolution unter der Diktatur des Proletariats bis zu Ende weiter führen.

Am 14. Juli übersandte uns der Ständige Ausschuß des Politbüros des ZK der GRF(KPD) einen Brief, in dem die sofortige Wiederaufnahme der Gespräche zwischen Vertretern des ZK der KPD/ML und des ZK der GRF(KPD) vorgeschlagen wurde. Diese Gespräche waren im Herbst letzten Jahres auf den Vorschlag unserer Partei hin aufgenommen worden mit dem Ziel, zu einer prinzipienfesten Einheit auf marxistisch-leninistischen Grundlagen in einer bolschewistischen Partei zu gelangen. Nachdem die erste Phase der Gespräche mit dem „gemeinsamen Kommunique zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung" abgeschlossen wurde – wenngleich weiterhin in wichtigen Fragen prinzipielle Differenzen bestanden – schlägt das ZK der GRF(KPD) nun vor, die zweite Phase über „strategische und wichtige taktische Fragen der proletarischen Revolution in Deutschland" zu beginnen.

Wir werden dazu im Folgenden die Antwort des ZK der KPD/ML auf den Brief des ZK der GRF(KPD), der in der „Roten Fahne" 30/76 veröffentlicht wurde, abdrucken.

Offener Brief an das ZK der GRF(KPD)

Genossen!

In Eurem Brief, der uns am 14. Juli übergeben wurde, drängt Ihr darauf, die Gespräche zwischen Vertretern des ZK unserer beiden Organisationen sofort wieder aufzunehmen. – Der Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten verlange verantwortungsbewußtes und entschiedenes Handeln. Zweifellos ist solches Handeln notwendig. Unserer Meinung nach verlangt dies jedoch nicht in erster Linie, die Gespräche zwischen beiden Organisationen sofort wieder aufzunehmen, sondern vor allem, diesen Gesprächen mit dem Ziel der Einheit in einer bolschewistischen Partei eine wirkliche Grundlage zu geben, verlangt, die Hindernisse auszuräumen, die Ihr einem Vorankommen im Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten immer massiver in den Weg legt.

Wir sind jederzeit bereit, mit jeder Organisation der revolutionären Bewegung über Fragen der Einheit der Marxisten-Leninisten in Deutschland zu sprechen. Und wir sind auch bereit, mit Euch das Gespräch fortzuführen. Doch es muß Klarheit darüber bestehen, welcher Zweck mit diesen Gesprächen verfolgt werden soll. Wir werden Euch dazu noch einmal die Dinge aus unserer Sicht darlegen.

Die Möglichkeit zu Gesprächen über die Einheit der Marxisten-Leninisten wurde dadurch geschaffen, daß von Euch Anfang letzten Jahres Positionen, von denen aus Ihr jahrelang gegen unsere Partei wie gegen die ganze internationale marxistisch-leninistische Bewegung gearbeitet habt, über Bord geworfen wurden. Eure Organisation schien sich damals in wichtigen Fragen marxistisch-leninistischen Positionen zu nähern, Positionen, die die KPD/ML seit ihrer Gründung im Kampf für die proletarische Revolution, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland vertreten hat. So wurde von Euch der Wille erklärt, die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, deren Existenz Ihr zuvor bestenfalls geleugnet habt, als verbindliche Grundlage einer jeden marxistisch-leninistischen Partei anzuerkennen. Es wurde die revisionistisch und trotzkistisch beeinflußte Hauptparole „Gegen Monopoldiktatur – für Volksdemokratie – die Arbeiterklasse an die Macht" gestrichen. Es wurde angekündigt, der bisherigen Verharmlosung von Sozialimperialismus und modernem Revisionismus den Kampf anzusagen. Es wurde propagiert, sich in die weltweite antiimperialistische Einheitsfront gegen die beiden Supermächte einzureihen. All diese Korrekturen wurden aufrichtig von uns begrüßt – wenngleich wir keine Illusionen darüber hegten, daß erst eine gründliche Selbstkritik der bisherigen Politik der GRF (KPD) sowie ihrer ideologischen Grundlagen diese Korrekturen zu gesicherten Schritten auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten machen kann.

In dieser Situation griff die Partei ein, um den Kampf voranzutreiben: Genosse Ernst Aust hielt auf einer Veranstaltung unserer Partei in Westberlin die Rede „Vorwärts zur Einheit der Marxisten-Leninisten!", in der er ausführlich auf die außerordentliche Bedeutung des Kampfes um die Einheit der Marxisten-Leninisten einging. Er stellte dabei klar, daß die Widersprüche zwischen unserer Partei und den anderen Organisationen der revolutionären Bewegung Widersprüche im Volk sind und dementsprechend gelöst werden müssen. Dabei übte Genosse Ernst zugleich auch bolschewistische Selbstkritik zu den Fehlern unserer Partei in dieser Frage. Und er forderte dazu auf, sich zusammenzusetzen mit dem Ziel, die politischen und ideologischen Differenzen in einem scharfen, sachlichen und prinzipienfesten Kampf zu klären: *„Und zwar nicht als Gegner, sondern als Genossen, die das gemeinsame Ziel der Schaffung eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschlands verbindet."* Und er fügte hinzu: *„Um nicht mißverstanden zu werden, es geht nicht darum, irgendwelche Fehler der Vergangenheit unter den Tisch kehren zu wollen. Wir haben in unserem theoretischen Organ Nr. 3 die Fehler und den Werdegang der GRF(KPD) gründlich analysiert. Aber nicht, um daraus den Schluß zu ziehen, mit diesen Genossen kann man nicht sprechen, sondern um ihnen zu helfen, aus Fehlern zu lernen, um künftige zu vermeiden. Umgekehrt erwarten wir auch, daß man uns kritisiert. Wir sind nicht so überheblich, um anzunehmen, daß wir keine Fehler gemacht hätten. Außerdem bestreiten wir nicht, daß auch objektive Bedingungen – z.B. die damalige relative Schwäche unserer Partei – die Gründung der GRF(KPD) begünstigt haben. Doch eines, Genossen der GRF (KPD): Eure Partei ist nicht 1970, sie ist zur Jahreswende 1968/69 gegründet worden und steht in der ruhmreichen Tradition Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns."*

Auf der Grundlage dieser Rede schlug unser Zentralkomitee Euch noch am selben Tag Gespräche vor, um die grundlegenden Differenzen zu klären. Unserer Meinung nach – und Ihr stimmtet dem Vorschlag zu – waren die wichtigsten Themenkreise: 1. Die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung; 2. Strategische und taktische Fragen der Revolution in Deutschland; 3. Notwendigkeit, Prinzipien und Aufgaben der kommunistischen Partei. Unsere Partei war damals nicht nur willens, den Kampf um die Einheit voranzutreiben, sondern sie knüpfte an das aufzunehmende Gespräch – angesichts dessen, daß Ihr Euch die Dinge in Fluß gerieten – auch die Hoffnung, tatsächlich gemeinsam Schritt für Schritt zur Einheit zu gelangen. Damals schien es in der Tat so, als stünde die GRF(KPD) unserer Partei politisch am nächsten. Doch ist das heute noch gegeben?

Wie hat sich der Kampf um die Einheit entwickelt, nachdem der erste Themenkreis mit einem gemeinsamen Kommunique abgeschlossen worden ist? Sind die Differenzen geringer geworden? Für jeden ist offensichtlich: Das Gegenteil ist der Fall, die Widersprüche haben sich zugespitzt. Worin ist die Ursache dafür zu suchen?

In Eurem Brief, der uns am 14. Juli übergeben wurde, heißt es dazu: „Daß die erste Phase der Gespräche nicht früher und nicht mit einem in allen Teilen gemeinsam formulierten Kommunique abgeschlossen wurde, hat unserer Auffassung nach seine Ursache darin, daß Ihr seit Beginn der Gespräche einen opportunistischen Linienschwenk vollzogen habt." Diese Auffassung weisen wir scharf zurück. Um was geht es denn bei diesem angeblichen „opportunistischen Linienschwenk"? Es geht darum, daß unsere Partei eine zeitweilig falsche, subjektivistische Festlegung des Hauptfeindes der Revolution in unserem Land auf der Grundlage bolschewistischer Selbstkritik korrigiert hat. Warum dieser Fehler geschehen konnte, worin seine Ursachen lagen, hat das Präsidium unserer Partei in einer Erklärung „Zu wichtigen Fragen der Strategie und Taktik der sozialistischen Revolution in Deutschland" ausführlich selbstkritisch dargelegt. Doch handelte es sich bei der Korrektur um einen „Schwenk in der Linie" wie die GRF dies meint? Keineswegs. Denn trotz der falschen Bestimmung des Hauptfeindes der Revolution hat unsere Partei noch niemals die heutige sozialchauvinistische Linie der GRF vertreten, hat sie niemals aufgerufen, die revolutionäre Zersetzungsarbeit in der Bundeswehr einzustellen. Und sie hat niemals zur Duldung der US-Besatzertruppen in Westdeutschland aufgerufen. Im Gegenteil, gegen diese Linie – und auch bereits dort, wo sich ihr Entstehen andeutete, hat unsere Partei den Kampf geführt. Davon zeugen Artikel im „Roten Morgen" wie „Eine gefährliche Tendenz in der ‚Roten Fahne': Duldung der US-Besatzertruppen" usw. Auch als wir eine falsche Bestimmung des Hauptfeindes der Revolution in unserem Land vorgenommen hatten, haben wir dennoch zu keiner Zeit den Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus eingestellt oder auch nur reduziert. Und so war auch die Korrektur der falschen Bestimmung des Hauptfeindes eine Korrektur auf der Grundlage der korrekten Linie der Partei, wie sie in ihren Gründungsdokumenten bereits festgelegt ist.

Dabei sind wir uns durchaus bewußt, daß der Fehler in der Bestimmung des Hauptfeindes, wie es in der Selbstkritik des Präsidiums heißt, *„das Entstehen und die Ausbreitung der sozialchauvinistischen Tendenzen vor allem bei der GRF (KPD) in gewisser Weise begünstigt haben. Vor allem dadurch, daß unsere Partei zwar den Kampf gegen diese sozialchauvinistischen Positionen geführt hat, aber aufgrund des eigenen Fehlers nicht mit der nötigen Entschiedenheit und Klarheit. Die praktische Selbstkritik unsererseits kann nur darin bestehen, den ideologischen Kampf gegen alle sozialchauvinistischen Tendenzen zu verstärken, um den Genossen der GRF(KPD) zu helfen, den antimarxistischen und antiproletarischen Kern dieser Auffassungen zu erkennen."*

Kann aber eine Ausrichtung in dieser Frage auf marxistisch-leninistische Positionen, wie sie die Grundlagen unserer Partei darstellen, die Einheit der Marxisten-Leninisten auf marxistisch-leninistischen Grundlagen erschweren? Das Gerede vom „opportunistischen Linienschwenk", der für die Verschärfung der Differenzen verantwortlich sei, ist lediglich ein Versuch, die eigene opportunistische Linie, wie schon so oft, zum Maßstab aller Dinge zu machen.

In der Tat ist nicht die notwendige Korrektur unseres Fehlers das Hindernis, das der Einheit der Marxisten-Leninisten im Wege steht und ein Vorankommen immer mehr unmöglich macht, sondern Euer Beharren auf der Versöhnung mit dem westdeutschen Monopolkapital und der Verschonung des US-Imperialismus und seiner Besatzertruppen, Euer Beharren auf einer falschen Bestimmung des Hauptfeindes, die zur Ablenkung von der proletarischen Revolution führt.

Diese Entwicklung hat sich seit Sommer letzten Jahres immer offener vollzogen. In einigen Punkten zwar habt Ihr in der Tat Euch marxistisch-leninistischen Positionen angenähert, doch im wesentlichen wurde die Linie der Versöhnung mit dem Imperialismus, die bereits in der Gründung Eurer Organisation angelegt ist, in neuem – noch gefährlicherem – Gewand präsentiert. Die Schaffung einer weltweiten antiimperialistischen Einheitsfront gegen die beiden Supermächte wurde als Vorwand mißbraucht, um in Wirklichkeit eine Politik der Versöhnung mit der Monopolbourgeoisie und der Aufgabe der proletarischen Revolution zu betreiben. Entsprechend war auch Eure Haltung zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung: Ihr erkanntet zwar ihre Verbindlichkeit allgemein an. Doch statt Euch vorbehaltlos auf ihre Prinzipien zu stellen, verkürztet Ihr sie in schwerwiegenden Fragen, um sie zur Rechtfertigung dieser versöhnlerischen Politik zu mißbrauchen. Das ist der Grund dafür, warum es nicht in allen Punkten ein gemeinsames Kommunique zu den wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung gegeben hat – und das ist für jeden anhand des Kommuniques überprüfbar (siehe dazu auch „Stellungnahme der KPD/ML zu dem gemeinsamen Kommunique mit der GRF(KPD) zu wichtigen Fragen der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung", Beilage zu RM 24/76). Diese Positionen sind es auch, die ausgeräumt werden müssen, um tatsächlich Fortschritte hin zur Einheit der Marxisten-Leninisten in unserem Land zu machen.

Ihren konsequentesten Ausdruck fand Eure Linie in Euren Losungen von der Duldung der US-Besatzertruppen in Westdeutschland und von der Einstellung der revolutionären Zersetzungsarbeit in der imperialistischen Bundeswehr, wie auch in der Forderung nach Atomwaffen für die westeuropäischen Imperialisten, die in deren Händen „gerechte Waffen" seien. Diese Losungen der Stützung des US-Imperialismus sowie des Sozialchauvinismus werden heute von Euch – nachdem diese aufgrund des Kampfes unserer Partei sowie vieler Genossen in Eurer Partei weitgehend isoliert worden sind – nicht mehr offen vertreten. Im gemeinsamen „Kommunique zu wichtigen Fragen der Generallinie" wurde von Euch sogar zugestimmt, daß es gilt, für die Auflösung der Militärstützpunkte beider Supermächte zu kämpfen und gegen die aggressiven Militärblöcke Warschauer Pakt und Nato. Doch Ihr habt dies keineswegs zum Anlaß genommen, Euer Stützen auf den US-Imperialismus, Eure Propaganda für die imperialistische Bundeswehr einer Selbstkritik zu unterziehen. Nach wie vor bestehen somit zwei Positionen in dieser Frage bei Euch nebeneinander. Daß Ihr dennoch in dem allgemeinen Kommunique Positionen unterzeichnet habt, die dem diametral gegenüberstehen, zeigt, daß eben nicht Gespräche an sich zur Einheit führen, bei denen zwar gemeinsame Positionen unterzeichnet werden, die aber mit einer wirklichen Einheit nichts gemein haben, sondern daß entscheidend die Zurücknahme dieser antimarxistischen und antiproletarischen Positionen ist.

Dabei geht es keineswegs um diese oder jene Losung allein, sondern um die von bürgerlichem Nationalismus geprägte Linie, die dem zugrunde liegt. – Eine Linie, die die Fragen des Kampfes um nationale Unabhängigkeit dem Kampf für die proletarische Revolution überordnet, eine Linie, die die Kardinalfrage der proletarischen Revolution, die Frage der Staatsmacht leugnet. Das zeigt sich bereits darin, daß Euer Ausgangspunkt bei der Bestimmung des Hauptfeindes für die proletarische Revolution nicht, wie Lenin es fordert, die Frage der Staatsmacht, sondern die Frage der Nation zum Ausgangspunkt hat: Eurer Meinung nach muß der Hauptfeind für ganz Deutschland – also ausgehend von der Nation und nicht ausgehend von der Existenz zweier bürgerlicher Staatsapparate, die in West- und Ostdeutschland herrschen, bestimmt werden. Um diese Linie durchzusetzen, habt Ihr Euch weder gescheut, Lenins Lehre über die Frage der Staatsmacht zu verleugnen, noch Theorien zu erfinden von „zwei hauptsächlichen Widersprüchen", die sich gegen die Lehren Mao Tsetungs wendet, noch die Generallinie oder die Lehren des VII. Weltkongresses zu verdrehen.

Diese antimarxistische und antiproletarische Linie ist dafür verantwortlich, daß es keine Fortschritte auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten, der mit den Gesprächen geschritten werden sollte, gibt. Der Grund dafür ist offensichtlich darin zu sehen, daß Ihr Euch bis heute noch nicht von den opportunistischen Grundlagen der GRF-Gründung gelöst habt, auch nachdem im letzten Jahr eine „neue Linie" propagiert wurde. Bereits im Theoretischen Organ Nr. 3 schrieben wir dazu, *„daß eine ‚radikale' Änderung politischer Losungen nicht unbedingt gleichbedeutend ist mit einer radikalen Änderung der ideologischen Grundlagen. Vielmehr ist es häufig so, daß auf der Grundlage des Opportunismus politisch diametral entgegengesetzte Linien sich ablösen können. Man muß vom Wesen des Opportunismus ausgehen, das, wie Lenin sagt, in dem Versuch der Blockbildung mit der Bourgeoisie besteht (Vgl. Werke, 21, S. 143). Mit welcher politischen Linie sich diese Politik der Klassenversöhnung am besten vor den Massen tarnt, ist eine Frage der Opportunität und hängt von den besonderen politischen Bedingungen der jeweiligen Situation ab. Nehmen wir z.B. die Verharmlosung des Imperialismus, wie wir sie in einem längeren Kapitel untersucht haben. Wie wir gesehen haben, leugneten die GRF-Führer damals die Unvermeidbarkeit von Kriegen im Imperialismus, sie leugneten die Theorie der zwei Supermächte, sie behaupteten, der westdeutsche Imperialismus verfolge seine Ziele nach einer friedli-*

Fortsetzung auf Seite 10

Aus aller Welt

PARIS/KAMPUCHEA

Die französischen Imperialisten haben den Beschluß gefaßt, die Mission des Demokratischen Kampuchea in Paris zu schließen. Dieser Schritt ist eine ungeheure Provokation gegenüber dem Volk Kampucheas, das wiederholt erklärt hat, es wünsche in Frieden und Freundschaft mit allen Völkern und Staaten zu leben. Mit diesem Schritt setzen die französischen Imperialisten ihre Unterstützung der Feinde des kampucheanischen Volkes fort. Schon während des Aggressionskrieges der US-Imperialisten hatten sie auf der Seite der Invasoren gestanden, und nach dem Sturz der Lon Nol-Clique hatten sie die Tätigkeiten der Verräter, die ins Ausland geflüchtet waren, weiter unterstützt. Die Lügen und Intrigen, mit denen sie arbeiteten, konnten allerdings nicht verhindern, daß die Mission des Demokratischen Kampuchea in Paris unermüdlich den Kampf und die Siege des Volkes von Kampuchea propagierten und zu einem Zentrum wurde für alle fortschrittlichen Kampucheaner im Ausland. Diese Arbeit der Mission in Paris, der einzigen in Westeuropa, war eine große Unterstützung für den Kampf des Volkes von Kampuchea, der die französichen Imperialisten nun einen Riegel vorschieben wollen. In einer Erklärung der Mission der Regierung des Demokratischen Kampuchea in Paris heißt es zu diesem Beschluß der französischen Regierung u.a.:

„Was die Beziehungen zu Frankreich betrifft, so ließ sich das Demokratische Kampuchea immer leiten vom Wunsch nach freundschaftlichen Beziehungen auf der Grundlage gegenseitiger Achtung und Gleichheit und Nichteinmischung und hat in dieser Hinsicht gearbeitet. Doch diese Anstrengungen sind immer wieder auf unfreundliche Akte seitens der französischen Behörden und jener gestoßen, die diese anregten.

Im Namen des Volkes von Kampuchea entbietet die Mission der Regierung des Demokratischen Kampuchea dem französischen Volk und seinen demokratischen Organisationen erneut ihren tiefen und ernsthaften Dank, die dem Volk von Kampuchea immer ihre Sympathie und unverbrüchliche Unterstützung in seinem Kampf gegen die imperialistische Aggression und bei seinen Bemühungen beim Aufbau und der Verteidigung eines Demokratischen Kampuchea bewiesen haben."

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

FRANKREICH/MAYOTTE

Ende Juni beschuldigte der Ministerrat der OAU die französischen Imperialisten, Grausamkeiten gegenüber der Bevölkerung von Mayotte begangen zu haben. Mayotte gehört zur Inselgruppe der Komoren, die im letzten April in einem Referendum für ihre Unabhängigkeit gestimmt hatten. Damals hatte die Bevölkerung der Insel Mayotte angeblich als einzige dafür gestimmt, weiter bei Frankreich bleiben zu wollen. Wie der Ministerrat der OAU erklärte, hat Frankreich das Referendum auf Mayotte manipuliert und so verhindert, daß sich die Bevölkerung Mayottes ebenfalls ihre Unabhängigkeit erlangte. Die französischen Imperialisten versuchen, auf dieser Insel einen umfangreichen Militärstützpunkt einzurichten. 3 000 Soldaten, die dort bereits stationiert sind, haben Grausamkeiten gegenüber der Bevölkerung begangen. Unter anderem betreibt Frankreich dort eine reaktionäre rassistische Politik. So erzwingt es Heiraten zwischen einheimischen Frauen und französischen Besatzungssoldaten, um eine „weißere" Mischlingsbevölkerung zu züchten.

KOLUMBIEN

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Demonstranten und der Polizei kam es in mehreren Städten des Landes. Ende Juli demonstrierten in Bucaramanga die Einwohner gegen Tariferhöhungen bei den Verkehrsmitteln. Dabei wurden vier Demonstranten verletzt, ein Student wurde mit einem Bauchschuß ins Krankenhaus gebracht und schwebt in Lebensgefahr. Bei einer Studentendemonstration in der gleichen Stadt wurden einige Tage später zwei Studenten erschossen und 80 zum Teil schwer verletzt. Die Polizei verhaftete rund 100 Demonstranten. In der Hauptstadt Bogota explodierten auf dem Gelände der Internationalen Messe kurz hintereinander drei Bomben: Im chilenischen Pavillon, im westdeutschen Ausstellungsraum und in der Polizeistation.

MALAYSIA

Die Malaiische Nationale Befreiungsarmee hat in den letzten Wochen ihre bewaffneten Operationen verstärkt. Sie verminten Dschungelstraßen, verübten Angriffe auf Militärposten, um in den Besitz von Waffen zu kommen, sabotierten den Bau von Nachschubwegen für die reaktionäre Armee und erschossen hohe Polizeifunktionäre in den Städten.

PALÄSTINA

In Galiläa und dem ganzen westlichen Jordanufer haben die Zionisten zu neuen barbarischen Methoden gegriffen, um die Kämpfe der palästinensischen Bevölkerung zu zerschlagen. Viele Kämpfer, die in den letzten Wochen verhaftet wurden, wurden im Eilverfahren von Militärgerichten abgeurteilt. Dabei verurteilten die Zionisten einen Jugendlichen, der sich an einer Demonstration beteiligt hatte, sogar zu lebenslänglich Zuchthaus, weil er „sich der Besatzung widersetzt und Aktionen gegen israelische Soldaten unternommen" hatte.

USA

Seit Mitte Juli befinden sich in Kalifornien 70 000 Arbeiter von Konservenfabriken im Streik. Dieser Streik ist bereits ihr zweiter Arbeitskampf innerhalb eines Monats. 76 Betriebe wurden dadurch stillgelegt. Auch die Bergleute in Westvirginia streiken bereits zum zweiten Mal innerhalb kurzer Zeit. Sie hatten Anfang Juli die Arbeit niedergelegt, um höhere Löhne zu erkämpfen. Daraufhin verhängte ein Gericht eine hohe Geldstrafe gegen sie, um sie zur Arbeit zurückzuzwingen. Gegen diese Unterdrückung nahmen die Arbeiter nun erneut den Kampf auf. Auch bei Chrysler kam es Mitte Juli zu Streikkämpfen. Damit hat es in den USA seit Mai dieses Jahres bereits 653 Streiks gegeben. Das ist die höchste Zahl seit zwei Jahren.

Offener Brief an das ZK der GRF

Fortsetzung von Seite 9

chen Strategie'. Mit diesen Verharmlosungen des Imperialismus wurde von der Notwendigkeit der proletarischen Revolution abgelenkt, der wirtschaftliche und demokratische Kampf um Reformen in den Mittelpunkt gestellt. Heute wird die Kriegsfrage durch die beiden Supermächte und die Notwendigkeit des Kampfes gegen sie in der revolutionären Bewegung erkannt. Aber nicht alle, die heute von der Kriegsgefahr reden, haben auch mit der Ideologie der Versöhnung mit dem Imperialismus gebrochen. Im Gegenteil gibt es heute eine Strömung, die mit der politischen Losung des Kampfes gegen die beiden Supermächte nach wie vor die Blockbildung mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie, die Ideologie der Klassenversöhnung vertritt und von der Notwendigkeit der sozialistischen Revolution ablenkt."

Das heißt nichts anderes, als daß – um die sozialchauvinistische Linie zu bekämpfen und zu liquidieren – gerade auch die Grundlagen der GRF(KPD), auf denen sie gegründet worden ist, einer grundlegenden Selbstkritik von Euch unterzogen werden muß. Dieser Frage jedoch, der Frage der Gründung sowie der Grundlagen der GRF geht Ihr – sei es in der „Roten Fahne", sei es in Diskussionsveranstaltungen – stets aus dem Weg. Euer Argument lautet: Man sollte die alten Dinge ruhen lassen und nicht ablenken von den gegenwärtigen Differenzen. Scheint das auf den ersten Blick hin einleuchtend zu klingen, so steckt dahinter doch nichts anderes als der Versuch, von eben den opportunistischen Grundlagen Eurer politischen Linie abzulenken, zu verhindern, daß das Übel an der Wurzel gepackt wird.

Immer öfter wird von Euch in letzter Zeit kurzerhand behauptet, die GRF(KPD) sei von Anfang an eine Partei auf dem Boden der Generallinie der kommunistischen Weltbewegung gewesen – punktum. Nun, das eigentliche Gründungsdokument der sogenannten KPD/AO, die vorläufige Plattform, ist selbst Eurer Meinung nach ein revisionistisches Dokument. Stattdessen verbreitet Ihr heute, die Thesen vom Dezember 1969 seien die wirklichen marxistisch-leninistischen Gründungsdokumente, deren Fehler lediglich eine Nebenseite darstellen würden. Daß Ihr Euch bis heute scheut, diese Thesen vollständig zu veröffentlichen, zeigt, daß auch Ihr genau wißt, daß diese Thesen mit dem Marxismus-Leninismus nichts zu tun haben. Aber um Eure Grundlagen zu vertuschen, geht Ihr sogar soweit, dennoch diesen Plunder als „marxistisch-leninistisches Gründungsdokument" auszugeben. Gerade darin zeigt sich deutlich Eure Verantwortungslosigkeit, zeigt sich deutlich, daß Ihr bolschewistische Selbstkritik scheut, daß Ihr dem Zentrismus, dem trotzkistisch-revisionistischen Einfluß in den Grundlagen Eurer Organisation **nicht unversöhnlich gegenübersteht,** sondern diese konterrevolutionären Einflüsse beschönigt, verharmlost und verteidigt. **Daß Ihr diesen Trennungsstrich nicht unversöhnlich zieht, das ist auch der eigentliche Grund dafür, daß auch heute von Euch eine Politik der Klassenversöhnung betrieben, eine sozialchauvinistische Linie verbreitet wird. Und darin ist auch das Haupthindernis dafür zu sehen, daß es im Kampf um die Einheit mit Euch auf marxistisch-leninistischen Grundlagen keine wirklichen Fortschritte gibt.**

In Eurem Brief an uns sprecht Ihr die „Befürchtung" aus, in unserer Partei habe sich „eine gegen die Einheit gerichtete Strömung" durchgesetzt. Das ist nicht der Fall. Wir wünschen nach wie vor die Einheit aller Marxisten-Leninisten in einer bolschewistischen Partei. Wir sind jedoch gegen eine Einheit auf opportunistischen Grundlagen. Wer sich aber in der Tat von der korrekten Haltung zur Einheit, wie Genosse Ernst Aust sie in seiner Rede „Vorwärts auf dem Weg zur Einheit der Marxisten-Leninisten!" richtig kennzeichnete, immer mehr entfernt hat, dafür gibt es in jeder Hinsicht genügend Hinweise: In dem Maße, wie es im Kampf gegen den Opportunismus gelungen ist, Eure sozialchauvinistische Linie zu isolieren, Eure Verdrehungen über die Gründung der KPD/ML wie Eurer Organisation aufzudecken und Klarheit über die opportunistischen Grundlagen Eurer Organisation zu schaffen – in dem Maße habt Ihr Euch nicht etwa genötigt gefühlt, Selbstkritik zu üben, sondern seid mehr und mehr zu dem altbekannten kleinbürgerlichen Gezänk, zu Gerüchtemacherei und Intrigantentum übergegangen. Die „Rote Fahne" der letzten Wochen ist dafür ein beredtes Beispiel.

In aller Deutlichkeit zeigte sich dieses Vorgehen anläßlich der Gründung der Sektion DDR der KPD/ML. War dieser hervorragende Sieg ein Anlaß zur Freude aller wahrhaften Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt – so verteufeltet Ihr dies als für die Arbeiterklasse schädlich. **Und Ihr habt das bis heute nicht selbstkritisch zurückgenommen!** Ist Euch dabei eigentlich gar nicht aufgefallen, daß Ihr mit Eurem Urteil aus lauter kleinbürgerlichem Konkurrenzdenken unversehens an die Seite der Trotzkisten und Revisionisten geraten seid, die aus allen Rohren gegen die Gründung der Sektion DDR der KPD/ML gehetzt haben? Man muß nicht einmal Kommunist, nicht Revolutionär sein, um zu erkennen, daß diese Gründung ein schwerer Schlag gegen den russischen Sozialimperialismus und seine Honecker-Clique ist. Ihr aber hattet nichts Eiligeres zu tun, als einen Hetzartikel in der „Roten Fahne" abzudrucken und die Genossen in der DDR, die mutig den Kampf führen, zu diffamieren mit Eurer Unverschämtheit von der „Schreibtischgründung".

Nicht anders ist das mit der ständigen Zunahme der Diffamierungen, Verleumdungen und Intrigen gegen führende Genossen unserer Partei. Es seien hier nur kurz die unverschämten Verleumdungen gegen Genossen Aust genannt, die Ihr wider besseres Wissen verbreitet, um den Kampf, den er in der KPD zum Zusammenschluß der wahrhaften Marxisten-Leninisten geführt hat, als revisionistisch hinzustellen. Oder auch die verdrehten Aussagen, die die „Rote Fahne" bei jeder Gelegenheit versucht, dem Genossen Gernot Schubert in den Mund zu legen – all dies sind Versuche, die „Schlechtigkeit" der KPD/ML, die man politisch nicht belegen kann, durch Verleumdungen und Diffamierungen glaubhaft zu machen. Und dennoch soll es die KPD/ML sein, in der sich eine „gegen die Einheit gerichtete Strömung" durchgesetzt habe? Wir können Euch versichern – eine solche Strömung gibt es bei uns nicht – wenngleich es Genossen geben mag, denen Euer Intrigantentum und kleinbürgerliches Gestreit langsam über ist.

Ihr wünscht die sofortige Wiederaufnahme der Gespräche zwischen den Vertretern unserer beiden Organisationen. Welchen Sinn aber sollen diese Gespräche denn eigentlich in der gegenwärtigen Situation haben? Wie soll es denn sinnvoll sein, mit jemandem über die **Einheit** in strategischen und wichtigen taktischen Fragen der proletarischen Revolution in Deutschland zu sprechen, wenn es nicht einmal Einheit über die Grundlagen von Strategie und Taktik, nämlich über wichtige Prinzipien der Generallinie tatsächlich gibt? Wie soll man über Notwendigkeit, Prinzipien und Aufgaben einer kommunistischen Partei in Gesprächen ernsthaft zur Einheit gelangen, wenn von Euch in der Hauptsache revisionistisch-trotzkistisch beeinflußte Thesen als „marxistisch-leninistische Gründungsdokumente" bezeichnet werden? Mit einer sozialchauvinistischen Linie kann man nicht ernsthaft über die Einheit sprechen. **Gesprächen mit dem Ziel der Einheit, wo man Schritt für Schritt im Kampf vorankommt, wie es Genosse Ernst Aust in seiner Rede charakterisiert hat – denen fehlen solange die Grundlagen, wie nicht ernsthaft von Euch die opportunistische Linie liquidiert wird samt ihren ideologischen Grundlagen.**

Wir meinen, daß die ideologische Auseinandersetzung zwischen unseren beiden Organisationen fortgeführt werden muß, um die Grundlagen für Gespräche um die Einheit, wie sie im letzten Jahr begonnen haben, im Kampf wiederherzustellen. Der richtige Weg dazu ist, Euch Gelegenheit zu geben, die Hindernisse, die Ihr mit der immer offeneren Entwicklung einer sozialchauvinistischen Linie der Einheit in den Weg gelegt habt, auszuräumen, d.h. Eure Positionen sowie deren ideologische Grundlagen einer grundlegenden Selbstkritik zu unterziehen. Dazu ist es unserer Meinung nach unbedingt notwendig, die Gespräche für zwei bis drei Monate zu unterbrechen. Zumal in Eurer Organisation vor einen Vierteljahr bekannt gegeben worden ist, daß mit der Überarbeitung verschiedener Fragen der Linie, gegen die sich die Kritik in Eurer Organisation richtet, erst nach der Wahl zu rechnen sei, da es bei den Wahlen erst einmal darum gehe, die „Parteilinie auf dem jetzigen Stand" umzusetzen und zudem erst noch weitere Untersuchungen notwendig seien. **Wir meinen, Ihr solltet diese Untersuchungen gründlich im Kampf gegen alle revisionistischen und trotzkistischen Einflüsse führen.** Unsere Hilfe dazu haben wir im Theoretischen Organ Nr. 2 und 3 sowie in der jüngsten Broschüre „Die Hindernisse für eine prinzipienfeste Einheit der Marxisten-Leninisten müssen ausgeräumt werden!" gegeben.

Solltet Ihr jedoch nicht bereit sein, offen und ehrlich Selbstkritik zu üben und die Politik der Klassenversöhnung zu liquidieren, so solltet Ihr das auch sagen. Wir sind fest davon überzeugt, daß auch dann der Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in einer bolschewistischen Partei voranschreiten wird. Als Beweis dafür stehen die vielen Genossen Eurer Partei und vor allem ihrer Massenorganisationen, die bereits entschieden mit den opportunistischen Grundlagen der GRF(KPD) gebrochen und den Schritt zur Einheit der Marxisten-Leninisten durch ihren Anschluß an die KPD/ML vollzogen haben.

Mit kommunistischem Gruß

im Auftrag des
Zentralkomitees der KPD/ML

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Osttimor

Der heroische Kampf eines kleinen Volkes

Am 15. August 1975, vor einem Jahr, rief die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Timors (FRETILIN) nach einem reaktionären Staatsstreich zum bewaffneten Kampf auf. Seither ist die Entwicklung in Osttimor stürmisch vorangeschritten. Im November, nach jahrhundertelanger portugiesischer Kolonialherrschaft, erlangte das Volk seine Unabhängigkeit und gründete die Demokratische Republik Osttimor. Wenige Tage später schon überfielen die indonesischen Faschisten den unabhängigen Staat und versuchen seither, sich die Insel einzuverleiben. Aber trotz der großmäuligen Beteuerungen Suhartos, der Anfang Juli den „Anschluß Osttimors an Indonesien" verkündete, können die indonesischen Aggressoren nicht siegen, sondern erleiden eine Niederlage nach der anderen. Denn unter Führung der FRETILIN kämpft das Volk Osttimors entschlossen für die Verteidigung seiner Unabhängigkeit und Freiheit.

Seit dem Jahr 1511 wurde das Volk Osttimors von den portugiesischen Kolonialisten geknechtet. Die Portugiesen nannten ihre Vorherrschaft „zivilisierte Mission". Was aber hat sie dem Volk gebracht? 90% der Bevölkerung sind Analphabeten, die Kindersterblichkeit liegt bei 40%. Tuberkulose und Malariaseuchen rafften große Teile der Bevölkerung dahin, denn es gab für 650 000 Einwohner nur 20 Ärzte, die meisten davon in der Hauptstadt im Dienst der Kolonialherren. Natürlich dachten die Kolonialisten nicht an den Aufbau einer modernen Industrie, sondern zwangen Osttimor, als armes Agrarland zu vegetieren. Portugiesische Firmen verdienten Unsummen am Export von Kaffee, den sie kontrollierten, während 90% der Einheimischen als arme Bauern weit unter dem Existenzminimum leben mußten, bei einem jährlichen Durchschnittseinkommen von unter 200 DM. Die „Zivilisation" der Kolonialherren bescherte dem Volk von Osttimor eine einzige, 20 km lange asphaltierte Straße, einen Hafen für den Kaffee-Export und einen Flughafen, über den die Portugiesen die Verbindung zum Mutterland aufrecht erhielten.

Jahrhundertelang kämpfte das Volk gegen diese Knechtung. Nach dem Sturz der Caetano-Faschisten in Portugal (1974) gründeten Revolutionäre die Sozialdemokratische Partei Timors mit Ramos Hortas als Generalsekretär, die sich von Anfang an entschlossen auf die Seite des Volkes stellte. Unter Führung dieser Partei brach der erste organisierte Streik in der Geschichte der Insel aus, dessen Erfolg eine 100%ige Erhöhung des Minimallohnes war.

Im Mai 1974 veröffentlichte die Sozialdemokratische Partei ihr erstes politisches Manifest. Hauptlosungen ihres Programms waren die Forderung nach Beendigung der Kolonialherrschaft, nach Unabhängigkeit, der Kampf gegen Rassendiskriminierung und die Forderung einer Bodenreform. Dieses Programm wurde unter den Volksmassen weit verbreitet und begeistert begrüßt.

Kurze Zeit später änderte die Partei ihren Namen und nannte sich von da an Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Timors. In kürzester Zeit gelang es ihr, alle revolutionären Kräfte zusammenzuschließen. Schon in den ersten fünf Monaten nach ihrer Gründung traten 80 000 Menschen der FRETILIN bei. Bei den Bürgermeisterwahlen, die die portugiesischen Kolonialisten im Juni 1975 organisierten, erhielt die FRETILIN 90% der Stimmen.

Aber sie kämpfte nicht nur um die Unabhängigkeit des Landes, sondern mobilisierte von Anfang an auch alle Kräfte für die Verbesserung der Lage der armen Bauern. Sie rief die Bauern auf zur Landverteilung und leitete eine breite Alphabetisierungskampagne ein. Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes lernten größere Teile der Bevölkerung Lesen und Schreiben.

Der Beginn des bewaffneten Kampfes

Diese Siege der FRETILIN riefen Panik hervor und zwar nicht nur unter den portugiesischen Kolonialherren. Auch die Suharto-Faschisten im benachbarten Indonesien wünschten die Vernichtung der FRETILIN, deren Erfolge auch im geknechteten indonesischen Volk den Wunsch nach Freiheit verstärkten. Reaktionäre Parteien im Dienste dieser Cliquen entstanden in Osttimor und bereiteten einen Staatsstreich vor. Die stärkste von ihnen, die UDT, sicherte sich die Unterstützung aller Reaktionäre in Südostasien. Sie nahm Kontakte auf nach Indonesien, Hongkong und zu den Faschisten in Taiwan. Am 10. August 1975 entfesselte sie einen blutigen Staatsstreich, der die Vernichtung der FRETILIN zum Ziele hatte.

Aber die Reaktionäre hatten sich getäuscht! Nicht die Revolutionäre Front wurde zerschlagen, sondern sie selbst erlitten eine vernichtende Niederlage. Die FRETILIN hatte sich und das ganze Volk auf den Schlag der Konterrevolution gut vorbereitet. 15 Minuten nach der Auslösung des Staatsstreiches hatte sich das gesamte ZK der FRETILIN bereits aus der Hauptstadt Dili zurückgezogen. Die Genossen gingen in die umliegenden Berge, um den Widerstandskrieg anzuleiten. Am 15. August rief die FRETILIN das Volk zum bewaffneten Kampf auf. Zwei Tage später desertierten sämtliche eingeborenen Soldaten geschlossen aus der Armee der portugiesischen Kolonialisten und schlossen sich der Volksbefreiungsarmee an. Die Reaktionäre der UDT, denen auch indonesiche Soldaten zu Hilfe geeilt waren, wurden vollständig geschlagen. Bereits zwei Wochen nach dem Staatsstreich kontrollierte die FRETILIN das gesamte Territorium. Am 28. November 1975 rief Francisco Xavier Do Amaral, Vorsitzender der FRETILIN, die Unabhängige Republik Osttimor aus.

Noch während sie im Kampf gegen das portugiesische Regime, gegen die einheimischen Reaktionäre und ihre Helfershelfer stand, nahm die FRETILIN den Aufbau des Landes in die Hand. Sie legte den Grundstein für den Aufbau eines nationalen Gesundheitswesens, für eine Verwaltung und ein nationales Erziehungssystem. Produktionskooperativen wurden gegründet, Impfkampagnen durchgeführt und Dutzende von Elementarschulen aufgebaut.

Nieder mit der indonesischen Aggression

Während die Völker der Welt die Unabhängigkeitserklärung Osttimors begeistert begrüßten, trachteten die indonesischen Faschisten von Anfang an danach, das Land unter ihre Herrschaft zu zwingen. Dabei handelten sie im Auftrag ihrer Oberherren, der US-Imperialisten, die mit Hilfe der Suharto-Clique diesen Teil Südostasiens beherrschen.

Am 6. Dezember 1975, eine Woche nach der Unabhängigkeitserklärung Osttimors, hielt sich US-Oberhäuptling Ford zu einem Staatsbesuch in Djakarta auf und führte Gespräche mit Suharto. Zwölf Stunden nach seiner Abreise eröffnete die Suharto-Clique einen massiven, grausamen Aggressionskrieg gegen die junge Republik.

Seither haben die indonesischen Faschisten ungeheure Verbrechen am Volk Osttimors begangen. Skrupellos setzen sie biologische Waffen, Napalm und andere Massenvernichtungswaffen ein. In einer Erklärung des Genossen Hortas, Mitglied des ZK der FRETILIN, heißt es dazu:

„Mehr als 40 000 indonesische Soldaten operieren z.Z. in Osttimor. Die indonesische Regierung hat eine Blockade der Luft- und Wasserwege der Insel errichtet. Auch pro-indonesische Kräfte, die mit etwa 60 000 Staatsangehörigen in Osttimor angegeben werden, hauptsächlich Frauen und Kinder, wurden von den indonesischen Truppen getötet. Die Grausamkeiten, die von den indonesischen Truppen begangen wurden, kann man nur mit den Nazi-Verbrechen während des 2. Weltkrieges in Europa vergleichen. Sie erinnern an die barbarischen Massaker an 500 000 bis 1 Million Indonesiern, als General Suharto 1965/66 die Macht ergriff. (. . .) Kein ausländischer Beobachter darf das Land betreten. Die indonesischen Generäle haben gedroht, jedes Schiff zu versenken, das versucht, Osttimor anzusteuern und humanitäre Hilfe zu leisten."

Zweimal schon, im letzten Dezember und im April, hat die UNO die indonesische Aggression verurteilt. Besonders die Volksrepublik China, die den Befreiungskampf in Osttimor konsequent unterstützt, hat die Verbrechen der Suharto-Clique vor der ganzen Welt gebrandmarkt. Überall in der Welt fanden Solidaritätsaktionen für das kämpfende Volk Osttimors statt. Vor der empörten Weltöffentlichkeit heuchelte Suharto den Biedermann. Während seine Soldaten in Osttimor Frauen und Kinder ermordeten, behauptete er frech, er habe nicht die Absicht, Osttimor zu annektieren und ließ vor der UNO erklären: „Dem Volk von Osttimor muß die Möglichkeit gegeben werden, sein Recht auf Selbstbestimmung auszuüben." Er benutzte einen uralten Trick der Imperialisten, um sich als der „wahre Befreier" hinzustellen. Er ließ sich „ins Land rufen". Eine Handvoll bestochener Kreaturen in der Hauptstadt Dili erklärte, sie wünsche den Anschluß des Landes an Indonesien und bildete eine „provisorische Regierung" unter dem Schutz der Besatzerbajonette. Anfang Juli erklärten diese Verräter, in Dili habe eine Volksversammlung stattgefunden, auf der das Volk von Osttimor einmütig erklärt habe, es wolle sich unter indonesische Vorherrschaft begeben. Mit großem Pomp erklärte Suharto daraufhin den „Anschluß Osttimors" an Indonesien – unter dem Beifall der US-Imperialisten und der ehemaligen portugiesischen Kolonialherren, die in geheimen Verhandlungen mit der Suharto-Clique die Annexion Osttimors inzwischen gebilligt haben.

Das Volk ist unschlagbar, wenn es organisiert kämpft

Doch dieser angebliche „Anschluß Osttimors" ist in Wirklichkeit nichts weiter als ein Wunschtraum Suhartos und der US-Imperialisten. In Wirklichkeit haben die indonesischen Invasoren niemals, trotz aller Verbrechen, trotz ihres überwältigenden Kriegsmaterials, ein größeres Territorium unter ihre Kontrolle gebracht, als die Hauptstadt Dili und einige Dörfer. Selbst dort können sie nicht sicher sein. Schon zweimal erhob sich die Bevölkerung von Dili unter der Führung der FRETILIN zum Aufstand gegen seine Unterdrücker. 85% des Landes werden von der rechtmäßigen Regierung und ihren Befreiungsstreitkräften kontrolliert, hier geht der Aufbau voran, trotz der Angriffe und Bombardements der Aggressoren. Die Pläne Suhartos, der glaubte, Osttimor innerhalb von sechs Stunden überrennen zu können, sind endgültig zerschlagen. Das Volk Osttimors hat sich auf einen langdauernden Volkskrieg vorbereitet und setzt alle Mittel ein, um ihn siegreich zu führen. Die Volksstreitkräfte, die sich mit modernsten Waffen, die sie vom Feind erbeuten oder aus portugiesischen Restbeständen an sich nahmen, ausgerüstet haben, setzen selbst einfache, traditionelle Waffen ein, Speere, Giftpfeile und Fallen, die sich im Guerillakampf erfolgreich bewähren.

Inzwischen ist die indonesische Regierung gezwungen, monatlich 12 Millionen Dollar aufzuwenden, um ihre Verluste an Material auszugleichen und die Herrschaft über eine einzige Stadt, Dili, aufrechtzuerhalten. Ihre Verluste sind ungeheuer groß. Mehr als 10 000 indonesische Soldaten wurden seit Beginn der Invasion von den Volksstreitkräften getötet und verwundet. In großen Demonstrationen in Djakarta hat auch die Bevölkerung Indonesiens bekundet, daß sie nicht gewillt ist, diesen Krieg weiterzuführen und so den Kampf des Volkes von Osttimor unterstützt.

Das Volk Osttimors hat einen langdauernden Volkskrieg aufgenommen. „Es ist keine Frage," erklärte Ramos Hortas, „daß das Volk von Osttimor seine Freiheit und Unabhängigkeit zurückerlangt. Die Tatsache, daß die FRETILIN den größten Teil des Landes kontrolliert, zeigt sehr gut, auf welche Kräfte sie sich stützen kann. Der Krieg kann sich auf der Grundlage kleiner militärischer Einheiten von zwei bis fünf Kämpfern auf unbestimmte Zeit verlängern. In diesem Krieg ist die FRETILIN wie der Fisch im Wasser, denn sie hat die Unterstützung des Volkes." Es ist gewiß, daß das Volk von Osttimor, das die Unterstützung aller Länder der Dritten Welt und der Völker der Welt genießt, wenn es geschlossen kämpft, wenn es festhält am bewaffneten Kampf und am Ziel der Unabhängigkeit und Freiheit, unbedingt siegen wird.

Zur Information

Die Insel Timor liegt zwischen der Südostspitze Indonesiens und Australien. Zur Kolonialzeit wurde sie geteilt zwischen portugiesischen und holländischen Imperia-



listen. Den Westteil der Insel, der früher unter holländischer Herrschaft stand, riß Indonesien nach dem 2. Weltkrieg an sich, Osttimor hielten die portugiesischen Kolonialisten weiter besetzt. Osttimor ist 15 000 km^2 groß und hat etwa 650 000 Einwohner, die sich aus 16 verschiedenen Stämmen zusammensetzen. Hauptausfuhrgüter sind Kaffee, Sandelholz, Kopra und Wachs.

BOTSCHAFT DER FRETILIN AN DAS VOLK VON OSTTIMOR

Am 28. Juni wandte sich Premierminister Lobato über Radio Maubere, den Sender der FRETILIN, der regelmäßig aus den Bergen Osttimors sendet, mit einer Botschaft an das Volk:

„Unser Widerstand ist unsere politische Schule geworden. Wir lehrten das Volk die theoretischen Prinzipien unserer Revolution, und jetzt lernen wir die Praxis auf dem Schlachtfeld. Trotz unserer Unterlegenheit bei Waffen und Zahl der Kämpfer, kämpfen und siegen wir. Doch wir führen nicht nur einen militärischen und politischen Kampf. Wir kämpfen auch auf wirtschaftlichem Gebiet. Wir brauchen Nahrung, um zu leben. Wir müssen diese Nahrung produzieren und dabei neue Methoden einführen. Wenn der Feind unsere Ernte niederbrennt, dann müssen wir wieder und wieder von vorn beginnen.

Die Invasion hatte auch ihre Vorteile. Ohne sie hätten wir ständig in Angst gelebt vor der Bedrohung durch Indonesien. Jetzt wissen wir Bescheid. Wir haben gesehen, gefühlt, und wir fürchten uns nicht länger. Wir kennen jetzt die schwachen Stellen des Feindes, wir wissen, wie wir sie bekämpfen müssen, und das wurde zur Grundlage unseres Kampfes. (. . .) Die Indonesier bestehen weiter auf diesem Krieg. Wenn sie das weiter tun, werden sie unweigerlich geschlagen. Sie sollten sich an Portugal erinnern! Die ganze Welt hat Indonesien gesagt, daß es zurückgeworfen und diskreditiert werden wird. (. . .)

Unsere Befreiung ist ein Teil des Voranschreitens zur Freiheit aller unterdrückten Völker der Welt. Die Kämpfe in Afrika haben uns genutzt, und unser Kampf nützt anderen. Einheit ist die Grundlage unserer Revolution. Wir müssen lernen, das Prinzip Kritik und Selbstkritik anzuwenden, um unsere Probleme zu lösen, die sich aus den aufgetretenen Widersprüchen ergeben haben. Offene Aussprachen sind ein anderer Weg, um Differenzen zu beseitigen. Das Zentralkomitee der FRETILIN ist nicht allmächtig, sondern offen für jede konstruktive Kritik. Der Kampf geht ohne Schwanken weiter. Der Sieg ist gewiß!"

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW), und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Giftgaskatastrophe in Italien

Heute ist Seveso eine tote Stadt

Nur wenige Kilometer von der italienischen Millionenstadt Mailand entfernt liegt die Kleinstadt Seveso. Hier lebten, wohnten und arbeiteten 19 000 Menschen. Heute ist Seveso eine tote Stadt. Sie wird von der Landkarte verschwinden. Seveso wurde das Opfer der verbrecherischen Praktiken des schweizerischen Chemiekonzerns Hoffmann La Roche.

Am 10. Juli explodierte in der zu diesem Konzern gehörenden Fabrik, Icmesa, ein Sicherheitsventil. Giftgas entwich. Fast zwei Wochen schwebte die Giftgaswolke



Mit Stacheldraht abgezäunt und von Soldaten bewacht: die verseuchte Stadt Seveso.

über der Stadt. Dann, nach einem heftigen Regen, löste sich die Wolke auf und das Gift drang in den Boden und die Häuser. Erst jetzt gaben die Behörden und der Konzern bekannt, daß es sich bei dem freigesetzten Gift um Trichlor-Di-Benzo-Dioxin (TCDD) handelte. Bei TCDD handelt es sich um den giftigsten Stoff überhaupt, der jemals hergestellt worden ist. Zweihundert Gramm dieser Substanz reichen aus, um das Leben einer Stadt wie New York vollständig auszulöschen. **In Seveso entwichen allerdings bei der Explosion nicht nur zweihundert Gramm, sondern insgesamt zwei Kilogramm.** Gegen TCDD gibt es keinerlei Gegenmittel. Es ist praktisch unbegrenzt haltbar und zersetzt sich erst nach Jahren durch Lichteinwirkung. Die Folgen dieses Unglücks sind bis jetzt noch nicht abzusehen. Eine Frau, die mit dem Gift in Berührung gekommen war, starb während ihres Urlaubs in den Dolomiten. Zahlreiche Menschen, vor allem Kinder mußten mit Verbrennungen in Krankenhäuser eingeliefert werden. Das Gift gefährdet ungeborene Kinder und kann zu Mißgeburten führen. TCDD ist besonders heimtückisch, weil es noch nach Jahren tödlich wirkt. Wer Gemüse, Obst oder das Fleisch von Haustieren ißt, die mit dem Gift in Berührung gekommen sind, schwebt in Lebensgefahr.

Sogar der Direktor des Klinischen Labors von Hoffmann La Roche mußte zugeben: **„Wir kennen die Auswirkungen des Giftstoffes noch nicht bis in all seine Folgen. Wir wissen aber, daß sie mit dem (radioaktiven — RM) Fall-out einer Atomexplosion vergleichbar sind."** Um so verbrecherischer sind die Methoden, mit denen die Direktion von Hoffmann La Roche und die italienischen staatlichen Behörden das Ausmaß der Gefahr für die Bevölkerung vertuschten und sie schutzlos der tödlichen Gefahr auslieferten.

Die Direktion des Betriebes in Seveso informierte den zuständigen Bürgermeister erst einen Tag nach der Explosion davon, daß Giftgas ausgeströmt sei. Eine offizielle Meldung des Unglücks erfolgte erst Tage später. Die Kapitalisten ließen sogar die Produktion in dem betroffenen Betrieb weiterlaufen. Erst ein Streik der Arbeiter, die fünf Tage nach dem Unglück Verbrennungserscheinungen und unerklärliche Flecken auf der Haut ihrer Kinder feststellten, zwang sie zur Stillegung des Betriebes. Acht Tage nach der Explosion erklärte der Bürgermeister von Seveso in einer Stellungnahme: „Die Techniker der Icmesa haben nach genauen Analysen versichert, daß die Giftwolken keine tödlichen Folgen haben können und in Auflösung begriffen sind." Zu dieser Zeit waren allerdings schon 43 Kinder mit Vergiftungserscheinungen in die Krankenhäuser eingeliefert worden. Über die Maßnahmen der italienischen Behörden unmittelbar nach Bekanntwerden des Unglücks berichtet eine Hausfrau: „Als die Gaswolke kam, haben wir uns ins Haus eingeschlossen. Doch niemand hat uns unmittelbar danach gesagt, wir dürften das Gemüse nicht anrühren und die Kinder nicht zum Spielen ins Freie schicken." Erst nach und nach erklärten die Behörden erst Teile und dann die ganze Stadt Seveso zur Sperrzone und evakuierten die Bewohner. Das war zwei Wochen nach dem Unglück. Nachdem Seveso evakuiert war, wurden aus der angrenzenden Gemeinde Cesano Medano, in der 40 000 Menschen leben, die ersten Vergiftungsfälle bekannt. Niemand kann ausschließen, daß auch Teile der Bevölkerung von Mailand bedroht sind.

Die Hoffmann-La-Roche-Kapitalisten und die italienischen Behörden behaupten jetzt, sie hätten lange Zeit nicht gewußt, um welches Gift es sich handelt und die Gefahr deshalb nicht richtig einschätzen können. Ganz abgesehen davon, daß man in einem solchen Fall immer vom Schlimmsten ausgehen muß, handelt es sich bei dieser Behauptung um eine Lüge. TCDD und seine Gefährlichkeit sind bestens bekannt. Bei TCDD handelt es sich weder um ein Neben- noch um ein Abfallprodukt bei der Herstellung von Pflanzenschutzmitteln. **Bei TCDD handelt es sich um ein Giftgas, das von den Imperialisten in grossen Mengen für den Krieg produziert wird.** Es wurde zum erstenmal von den amerikanischen Imperialisten bei ihrem verbrecherischen Aggressionskrieg gegen das vietnamesische Volk eingesetzt. Die Firma Icmesa und der Schweizer Konzern sind nicht die einzigen Konzerne, die dieses für den Völkermord bestimmte Gas produzieren. **TCDD wird auch in der Bundesrepublik hergestellt.** So bot der Bayer-Konzern den Hoffmann-La-Roche-Kapitalisten „auf Grund seiner Erfahrungen" seine Hilfe bei der Beseitigung des Giftes an.

Wenn es um ihren Profit geht, gehen die Imperialisten über Leichen. Sie bereiten sich nicht nur auf einen imperialistischen Krieg um die Herrschaft in der Welt vor, sondern sind auch bereit in diesem Krieg die schrecklichsten Waffen einzusetzen von der Atombombe bis hin zu solchen Giften wie TCDD.

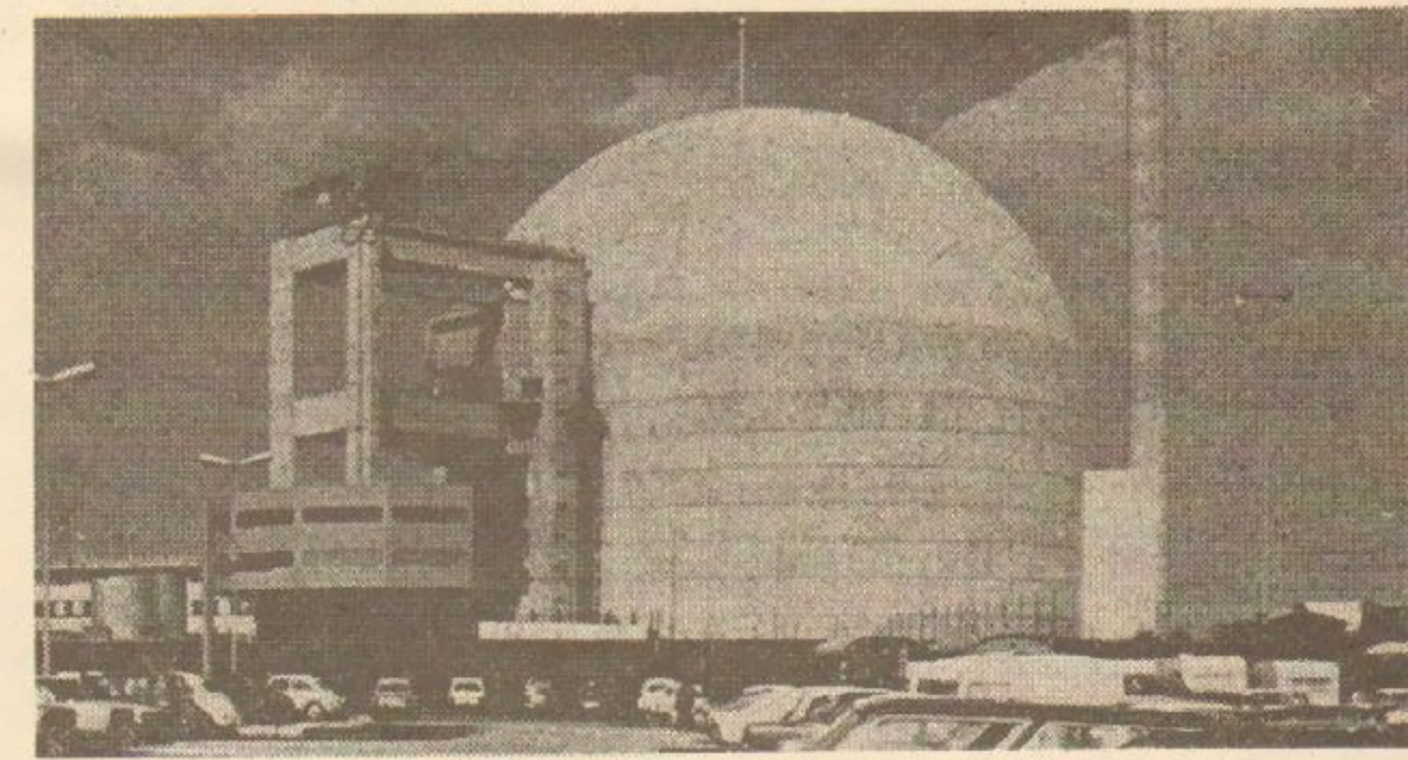
Vor der Bevölkerung vertuscht

Schäden am KKW Biblis

Das größte Kernkraftwerk der Welt in Biblis am Rhein ist seit dem 23. April 1976 abgeschaltet. Diese Information getrauten sich die Verantwortlichen erst jetzt der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Bei der ersten Überprüfung des Reaktors sind gleich mehrere schwere Schäden entdeckt worden, die den Betrieb unmöglich machen und zu einer Katastrophe führen könnten. Die Leitung des von der RWE (Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke) betriebenen Kraftwerkes versucht, die Schwere der Schäden und das Ausmaß der Bedrohung herunterzuspielen. Zitat der RWE: Für die Sicherheit innerhalb und außerhalb des Reaktors habe es zu keiner Zeit eine Gefährdung gegeben.

Tatsache ist aber, daß die ersten zehn von hundert Arbeitern, die mit der Reparatur beauftragt sind, von den Arbeiten ausgeschlossen werden mußten, weil sie zuviel Strahlung abbekommen haben. Ein Sprecher der Umweltschutzverbände meint dazu: „Das sind praktisch alles Invaliden." Tatsache ist weiter: Der Hauptschaden wurde an den Hauptkühlmittelpumpen im Primärbereich, also im radioaktiven Bereich des Reaktors entdeckt. 20 Schrauben waren offensichtlich wegen zu hoher Beanspruchung der Pumpen abgesprengt worden. Der Ausfall der Kühlung des Reaktors würde zu einer Katastrophe führen. Der Kommentar der RWE dazu: Es handele sich „um eine betriebsmäßige Beanspruchung von Schwachstellen." Die Schrauben würden inzwischen durch neue längere, ersetzt, das RWE betrachte diesen Schaden als behoben.

Außerdem sind in einem Speisewasserbehälter Haarrisse aufgetreten. Auch nur eine „harmlose, kleine Panne", wie die RWE mitteilen. Dabei sind sie bereits seit drei Monaten mit der Reparatur beschäftigt und haben noch einen weiteren Monat veranschlagt. Nebenbei erfährt man dann, daß noch ein Turbogenerator defekt ist, weil das Isolationsmaterial der elektrischen Anlage versagte.



Block A des stillgelegten Kernkraftwerkes Biblis.

Soweit die bisher bekanntgewordenen Schäden. Bei den Praktiken der RWE ist zu vermuten, daß noch einige weitere dieser „harmlosen Pannen" vorhanden sind.

Während die RWE darüber jammern, daß ihr bisher Einnahmen von 50 Millionen DM flöten gegangen sind, und die Kostenbelastung durch den „großen personellen, strahlen- und reparaturmäßigen Mehraufwand" beklagen, haben wir erfahren, daß die RWE jeden Tag 40 000 DM Steuergelder als Trostpflaster in den Rachen geschoben bekommen, weil Biblis ein Forschungsprojekt ist, was von der Bundesregierung in solchen Fällen subventioniert wird.

Die Bevölkerung hier wird über die Presse kaum über die Tatsachen und das Ausmaß der Bedrohung informiert. Die Presse ist nahezu gleichgeschaltet und schwätzt die offiziellen Erklärungen der RWE nach.

Dabei kann man diesmal echt sagen: Wir sind noch einmal davongekommen. Gerade weil die Schäden bei einer routinemäßigen Kontrolle entdeckt wurden, ist es ein reiner Zufall, daß sie überhaupt rechtzeitig entdeckt wurden. Wir werden jetzt versuchen, den Vorgängen in Biblis genauer nachzugehen und für eine der nächsten Nummern des „Roten Morgen" einen neuen Bericht zu schicken.

Rassismus in den USA

Freiheit für Gary Tyler!

In New Orleans fand am 24. Juli eine machtvolle Demonstration für die Aufhebung des Todesurteils gegen den 17jährigen afroamerikanischen Jugendlichen Gary Tyler und seine Befreiung aus dem Gefängnis statt. Die amerikanischen Imperialisten beschuldigen Gary Tyler des Mordes. In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein rassistisches Willkürurteil.

Gary Tyler wurde im Oktober 1974 Opfer eines faschistischen Überfalls rassistischer Gruppen auf einen Schulbus mit Schülern einer integrierten Schule. Dabei wurde von einem Unbekannten ein Schuß abgefeuert, der einen weißen Schüler tötete. Gary Tyler wurde von den kapitalistischen Justizbehörden willkürlich herausgegriffen und des Mordes angeklagt. Obwohl während seines Prozesses Entlastungsmaterial vorgelegt wurde, das eindeutig seine Unschuld bewies, verurteilten ihn die weißen Geschworenen zum Tode auf dem elektrischen Stuhl.

Gary Tyler ist kein Einzelfall. In den USA werden die nationalen Minderheiten, die Afroamerikaner, Puertoricaner, Mexikaner usw. von den Kapitalisten und ihrem Staatsapparat rassistisch unterdrückt. Gerade in der letzten Zeit hat sich der Terror offen faschistischer, rassistischer Gruppen, die, wie der Ku-Klux-Klan, von den Finanzkapitalisten finanziert und aufgepäppelt werden, bedeutend gesteigert.

Unter der Parole „Kämpft für die Freiheit Gary Tylers!" hat sich in den USA inzwischen eine breite Protestbewegung gebildet. Dem Kampf von Tausenden von Menschen ist es gelungen, die Aussetzung des Todesurteils zu erreichen. Sie sind entschlossen, den Kampf bis zur vollständigen Befreiung Gary Tylers weiterzuführen. In diesem Kampf erkennen immer mehr Menschen, daß erst die sozialistische Revolution, der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung in den USA auch den nationalen Minderheiten die Befreiung von der rassistischen Unterdrückung bringen kann.



Gary Tyler, von den US-Justizbehörden zum Tode verurteilt.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name:

Straße:

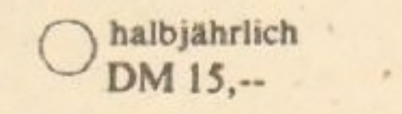
Plz/Ort:

Unterschrift . . . . Datum

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,– ○ halbjährlich DM 15,– ○ vierteljährlich DM 7,50



Die jeweiligen Gebühren sind im voraus zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600—465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911

Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr. 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30 Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-19.00, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi und Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/76 939. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Parteiveranstaltungen

SAARBRÜCKEN

Veranstaltung zur Einheit der Marxisten-Leninisten, Gaststätte „Kirner Eck", am Samstag den 7.8.76 um 14 Uhr.

Diskussionsrunde zum Thema „Die Mauer muß weg!" Gaststätte „Kirner Eck", am 13.8.76 um 19 Uhr.

(Gaststätte „Kirner Eck" Richard-Wagner-Str. Ecke Johannisstr.)